1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 47
22. Nov. 85
19. Jahrgang
Preis 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Mißlungen

Heiner Geißler, in seiner Nachministerära wieder zur alten Dreckschleuderfunktion zurückgekehrt, muß sich enttäuscht sehen. Niemand nahm bisher seine Ausfälle gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs" auf — im Gegenteil. Daß die CDU lieber einen Friedensnobelpreis für Typen a la Kissinger hätte, ist altbekannt, oder für die NATO, die Bundeswehr oder vielleicht auch ein paar Ex-Nazigenerale.

Sein Versuch, die Preisverleihung zu desavouieren, indem er den Mitvorsitzenden Tschasow (Vizegesundheitsminister der UdSSR und Mitglied des ZK der KPdSU) attackierte, mißlang. Vor allem die amerikanischen Vorstandsmitglieder beschwerten sich massiv über Geißlers Hetze. Denn sie und mit ihnen viele aktive Friedenskämpfer haben natürlich leicht erkannt, daß die eigentliche Hetze der ganzen Organisation galt, der Arbeit, die sie, eben auch in der BRD, weltweit leistet.

Sicher: Einem Mann wie Geißler wäre es lieber, wenn alle Ärzte im Sinne der atomaren Aufrüstung „funktionieren" würden, und die alten Aktentaschen-auf-den-Kopf-Rezepte austeilen würden, aber diese Zeit ist eben, zu seinem Leidwesen, vorbei.

Von den Attacken auf Tschasow bis zur Behauptung, der Verein sei ohnehin kommunistisch gesteuert, also sozusagen eine Versammlung entweder russischer Agenten oder nützlicher Idioten, war es denn, wie bei Geißler üblich, nicht weit.

Jeder, der die Arbeit dieser Ärztevereinigung kennt, weiß, daß es ihr sehr daran liegt, diese Arbeit parteipolitisch neutral zu leisten und dies ist auch eine Stärke der Organisation in diesem Bereich. Nur das paßt einem Geißler nicht ins Konzept.

IGM-Aktionen gegen §-116-Änderung

Hände weg vom Streikrecht

Eine Extraausgabe der ‚metall' mit 2,5 Millionen Auflage, eine Sonderausgabe des ‚Gewerkschafter', Mitgliederversammlungen, Vertrauensleutekonferenzen, Unterschriftensammlungen u. a. — mit diesen Schritten hat die IG Metall in der vergangenen Woche endlich mit einer breiten Mobilisierung zur Abwehr der geplanten Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes begonnen.

Zu dem Beschluß des IGM-Vorstandes haben offensichtlich nicht nur die entsprechenden Anträge der 12. Frauenkonferenz der IG Metall und anderer gewerkschaftlicher Gliederungen beigetragen, sondern auch die Tatsache, daß Sondierungen von DGB-Vertretern mit Blüm und Unternehmerfunktionären ergeben haben, daß alles darauf hinausläuft, daß das Bundeskabinett sich noch im Dezember dieses Jahres für eine Änderung des § 116 entscheiden wird, also dafür, daß kalt Ausgesperrte kein Kurzarbeitergeld von der Bundesanstalt für Arbeit erhalten sollen.

Für wütende Proteste Blüms sorgte das großformatige Foto auf der ersten Seite des ‚metall'-Extras. Es zeigt einen älteren Kollegen, der ein Schild mit der Aufschrift trägt: „Die Nazis haben die Gewerkschaft verboten. Diese Regierung will sie ausbluten." Blüm sprach in einem Interview mit der „Welt" von „Schmierfinken", nannte den Vergleich „infam und verleumderisch". Er forderte die IG Metall auf, die Verteilung des Flugblatts zu unterbinden.

Getroffene Hunde bellen. Landauf landab wird auf

Fortsetzung auf Seite 4



BND-Skandal:

Die „Solidarität der Demokraten" funktioniert

Einst laut beschworen — heute eher still ausgeübt: Die berüchtigte Solidarität der Demokraten, von vielen als Todesursache der politischen Gefangenen in Stammheim betrachtet, sie funktioniert. In aller Unverschämtheit hat die ganz große Koalition aus CDU, FDP und SPD den BND-Skandal zu den Akten gelegt.

Eiertänze in der Argumentation konnten nur schlecht verbergen, daß es sich um folgenden einfachen Tatbestand handelt: Ein offener Verstoß gegen die Verfassung (Privatfinanzierung eines staatlichen Organs) wird von den Abgeordneten des Bundestages gebilligt.

Dabei gab es in den Tagen nach von Brauchitschs Aussage genügend Hinweise darauf, daß es sich um keinen Einzelfall gehandelt hat. Der engagierte Kopfgeldjäger Mauss hatte bereits — in wessen Auftrag — im Jahre 1976 Rolf Pohle in Griechenland beschattet. Und: Brauchitschs erste Aussage bezog sich auf das Jahr 1978, die danach abgehandelten Tatbestände stammen aus der Zeit danach.

Das die westdeutschen Geheimdienste ständig den gesetzlichen Rahmen überschreiten, ist anhand einer langen Zahl von Fällen längst bewiesen. Daß diese Praxis mit „freien Mitarbeitern" noch leichter auszuüben ist, liegt auf der Hand. Von daher erscheint es auch wenig überraschend, daß es Spitzenfunktionäre des Polizeiapparates waren, die für die „marktwirtschaftliche Lösung" plädierten, wie etwa Computer-Herold.

Daß der Einsatz von Mauss kein Einzelfall war, darauf deutet auch seine Position als oberster Privatagent der Versicherungswirtschaft hin. Diese, um trübe Praktiken in keiner Geschäftsart jemals verlegene Branche, hatte auch in diesem Fall den direktesten Grund, eine Privatfahndung auszuschreiben. Sie hatte — neben der üblichen Kapitalistenangst — auch noch Furch vor möglichen Zahlungen.

Fortsetzung auf Seite 2

Genf: Belagerte Stadt

Der Gipfel

Hofberichterstattung ist angesagt. Frau Gorbatschowa als „Lady-Di"-Ersatz, Ronald Reagan händchenhaltend mit Frau, Genfer See und so weiter: Alles ist da. Ein Großaufgebot an Polizei und Miliz samt Demonstrationsverbot ist auch da. Amerikanische Hetzfilme über die UdSSR werden im Fernsehen gezeigt — zahllose Prophezeiungen und Einschätzungen aller Art vor den Kameras zum Besten gegeben. Nur eins fehlt: Ein Beweis dafür, daß der Genfer Gipfel wirklich zur Erhaltung des Friedens beitragen kann.

In der BRD gab es verschiedenste Kräfte, die die vergangene Woche der Friedensaktionen als Appell nach Genf interpretieren wollten, wie überhaupt die Anstrengungen, alles darauf zu orientieren zugenommen haben.

Es bleibt eine Sackgasse. Jede Verhandlung, die auf der Basis der imperialistischen Theorie vom „Gleichgewicht des Schreckens" stattfindet, muß eine solche Sackgasse bleiben, bindet sie doch jede Perspektive an Übereinkommen zwischen den betreffenden Regierungen. Und bedeutet damit, ob direkt oder indirekt, eine Absage an jede Bewegung, die in ihrem Land, welches es auch sei, für einseitige Abrüstung eintritt.

Erst recht gilt dies für Verhandlungen in denen, in seltener Arroganz, über sogenannte strategische Waffen verhandelt werden soll, also über die Waffen, die die jeweils Beteiligten bedrohen, während die anderen Waffen, die Bedrohung für andere Länder unter „taktisch" abgehandelt werden.

Bisher sind bei solchen Gipfeln stets Abkommen ausgehandelt worden, die eine kontinuierliche beiderseitige weitere Aufrüstung absegneten.

ob dies unter der den heutigen politischen Konstellationen, mit einem eindeutig aggressiveren Kurs der USA wieder ein solches Ergebnis hervorbringen wird, erscheint zweifelhaft. Die Propagandaflut jedenfalls beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Thema, daß dieses Genfer Treffen ja nur der Auftakt für weitere Gespräche sein solle.

Strukturreform angekündigt

Blüm verteuert Krankenversicherung

Überlagert von der seltsamen Konfrontation Norbert Blüms mit den Zahnärzten (was ihn zur launischen Bemerkung hinriß, Protest der — von ihm geschröpften — Rentner hätte er verstehen können) legte der Bundessozialminister bei der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen" seine weitere Taktik dar.

Zuerst grünes Licht für die weitere Erhöhung der Beiträge (kalkuliert wird im Hause Blüm mit bis zu 13 Prozent) und daraufhin die Ankündigung, es werde ein Konzept zu einer strukturellen Reform der Krankenversicherung ausgearbeitet — so sieht Blüms Taktik aus.

Selbstverständlich war von einem Minister gerade dieser Regierung nicht zu erwarten, daß irgendwelche Maßnahmen gegen die Verursacher der ständigen Teuerung der Krankenversicherung angegangen würden. Pharmakonzerne, Hersteller medizinischer Großgeräte, private Krankenhausträger und Ärzteschaft dürfen weiterhin absahnen. Selbst die Mär der angeblichen ärztlichen Überversorgung wurde aufgewärmt, um entsprechende — begrenzte — Zugsverbote einzuleiten.

Aber daß die Taktik so eindeutig dargelegt wird, ist denn doch überraschend. Zuerst weiter Kostensteigerungen einleiten und so den Boden bereiten und ann die schon oft angekündigte Strukturreform anbieten, das ist durchsichtig. Denn Strukturreform heißt ja nichts anderes als Abschaffung des bisherigen Versicherungssystems. Und in welche Richtung das gehen soll, das haben alle entsprechenden Maßnahmen der letzten 10 Jahre, unter welcher Regierung auch immer, gezeigt. Nur soll es dann auch hier die endgültige Wende geben: Vom Kürzen und Beschneiden hin zur Ausheblung des Versicherungssystems. Die privaten Versicherungen stehen längst Gewehr bei Fuß, die ideologische Munition ist längst aufbereitet. Da werden sich die Zahnärzte schon wieder beruhigen. Das nächste Abschreibungsmodell winkt ohnehin.

Hände weg vom Streikrecht

Noch im Dezember will die Bonner Koalition über eine gesetzliche Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes entscheiden.

Ein Paragraph soll geändert werden — das klingt undramatisch. Aber dahinter verbirgt sich der schwerwiegendste Angriff auf das Streikrecht und die Gewerkschaftsfreiheit seit Bestehen der Bundesrepublik.

Die Absicht, die die Unternehmerorganisationen und die politische Reaktion mit diesem Gesetzesvorhaben verfolgen, ist mehr als deutlich: es soll den Gewerkschaften unmöglich gemacht werden, in Zukunft einen Streikkampf zu führen, wie ihn die IG Metall und die IG Druck & Papier 1984 für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geführt haben.

1984 ist es den Kapitalisten und der Bonner Regierung nicht gelungen, durch die aggressive antigewerkschaftliche Hetzkampagne, durch das Vorruhestandsmanöver, durch den Franke-Erlaß die Gewerkschaften zu spalten und ihre Streikfähigkeit entscheidend zu schwächen. Jetzt sollen die Gewerkschaften noch vor den kommenden Tarifauseinandersetzungen, vor allem vor der nächsten Runde im Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, weitgehend entwaffnet werden.

Der Angriff auf das Streikrecht ist ein Angriff auf die Rechte und Freiheiten des Volkes überhaupt. Es muß in dieser Situation daran erinnert werden: Aussperrungsterror gegen die Arbeiterklasse, systematischer Kampf der reaktionärsten kapitalistischen Kreise zur Schwächung der Gewerkschaften — das war in der Endphase der Weimarer Republik der Weg in den Hitler-Staat.

Wenn es Kapital und politischer Reaktion jetzt gelingt, den Gewerkschaften das Rückgrat zu brechen, werden alle demokratischen und fortschrittlichen Bewegungen, die sich in bestimmten Fragen den kapitalistischen Profit- und Machtinteressen in den Weg stellen, dem direkten Zugriff der Reaktion ausgeliefert sein.

Nachdem monatelang der IG-Metall-Vorstand ebenso wie die Führung des DGB offensichtlich einseitig auf Gespräche mit der Regierung und den Unternehmerorganisationen gesetzt hat, hat er nun endlich erste Schritte zur notwendigen breiten Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder unternommen. In diese Kampagne haben sich der DGB und die meisten anderen Einzelgewerkschaften bislang noch nicht eingeschaltet. Dafür gilt es jetzt in allen Gewerkschaften einzutreten. Angesichts der Schwere des Angriffs darf es zu einer ähnlichen Spaltung des DGB, wie sie im Kampf für die 35-Stunden-Woche sichtbar geworden ist, jetzt nicht kommen.

Kapital und Bonner Regierung haben die Gewerkschaften zur Kraftprobe herausgefordert. In dieser Situation ist es unverantwortlich, Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß das Streikrecht nur im entschiedenen Kampf gegen diese reaktionäre Koalition von Kapital und Kabinett verteidigt werden kann. Deshalb muß gefordert werden, daß keine Gespräche des DGB mit der Bonner Regierung und den Unternehmerorganisationen stattfinden, solange die Pläne zur Änderung des § 116 nicht vom Tisch sind.

600000 auf den DGB-Kundgebungen am 19. Oktober haben nicht ausgereicht, den Angriff auf das Streikrecht zu stoppen. Deshalb muß klar sein: Flugblätter, Info-Stände, Unterschriftensammlungen, Kundgebungen können nur erste Schritte des notwendigen gewerkschaftlichen Widerstands sein. Die Schärfe des Angriffs der Reaktion läßt den Gewerkschaften keine Wahl: zur Verteidigung des Streikrechts muß gestreikt werden.

Das Zentralkomitee der KPD ruft alle Mitglieder und Freunde unserer Partei auf, sich in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß eine breite Front des Widerstands gegen diesen antidemokratischen Angriff auf das Streikrecht und die Gewerkschaftsfreiheit hergestellt wird. **Hände weg vom Streikrecht!**

Zentralkomitee der KPD

Pannen Nebensache

Das 4-Milliarden-Ding läuft — zunächst. Seit letzten Samstagabend ist der Hochtemperaturreaktor in Hamm (THTR) „am Netz". Rund vierzehn Jahre nach dem ersten Plan, rund sechsmal so teuer wie einst vorausgesagt und: eigentlich in der Luft hängend.

In der Luft: Denn die ursprüngliche Lagerung in Ahaus ist nicht möglich, weshalb einfach — und mindestens am Rande der Legalität — die Lagerkapazität auf dem Werksgelände erhöht wurde. In der Luft: Denn für die vielen Einsprüche gibt es noch kein einziges gültiges Gerichtsurteil.

Aber es ging ja darum, eins der Lieblingsprojekte der Landesregierung NRW zu verwirklichen. Auf der einen Seite der Umschwung gegen den „Schnellen Brüter", auf der anderen Seite beständige Propaganda für den THTR — das war und ist die SPD-Politik in dieser Frage. Wobei die Propaganda für den THTR stets mit der unbewiesenen Behauptung verbunden wurde, er werde ganz sicher keine Arbeitsplätze auf den Zechen gefährden. Viele Berechnungen und Veröffentlichungen zahlreicher Initiativen beweisen auch hier das Gegenteil.

Ganz abgesehen von einer Pannenserie, die möglichst vertuscht werden soll. Örtliche Initiativen berichten von verschiedenen Schnellabschaltungen bereits in der Versuchsphase — im September durften nicht einmal die Teilnehmer eines Kongresses über den THTR, der in Dortmund stattfand, das Werksgelände besichtigen.

Der Jubel ist groß: Bei der Landesregierung, bei der CDU, bei der IHK und erst recht bei der VEW, der Betreibergesellschaft. Weniger bei Betroffenen und Gegnern.

BMW-Raketen?

Der Kauf von AEG durch Daimler — kein Kartellamtseinspruch zu erwarten — ist noch nicht über die Bühne, da blüht in verschiedenen Medien bereits die nächste Spekulation: BMW stellt offensichtlich Überlegungen an, die Mehrheit am Rüstungskonzern MBB zu übernehmen. Als Promotor gilt, wie schon oft bei MBB-Geschäften das Aufsichtsratsmitglied Franz Josef Strauß.

MBB: Dieser Rüstungskonzern war seit langem ein zentraler Punkt in der Industriepolitik der bayerischen Landesregierung. Immer wieder gab es da auch Verschiebungen in den Besitzverhältnissen BMW-Plan — das heißt vor allem zwei Namen: Quandt und Dresdner Bank. Beide seit langem mindestens ähnlich eng verbunden wie Flick, Siemens und die Deutsche Bank, sehen sich offensichtlich vom Daimler-AEG-Geschäft ebenso in Zugzwang gesetzt wie Strauß durch Späth.

Gegenstand des Gerangels sind die zum Verkauf anstehenden Krupp-Anteile, für die das Land Bremen ein Vorkaufsrecht hat. Nur: BMW und die Quandt-Gruppe haben wesentlich mehr Geld als der verschuldete Stadtstaat. Ähnlich wie andere bundesdeutsche Großkonzerne haben sie sich in den vergangenen Jahren eine riesige „Kriegskasse" angeschafft, aus der die Bezahlung von Summen um 1 Milliarde DM herum leicht zu leisten ist. BMW als Mehrheitsaktionär von MBB — ein Gebilde von ähnlicher Bedeutung wie das im letzten Jahr neu zusammengezimmerte Daimler-Imperium, eine weitere wesentliche Verstärkung des Rüstungssektors in der BRD-Wirtschaft. Flugzeuge, Raketen, Autos — auch hier die Tätigkeit auf allen Ebenen.

Im Schnellverfahren erledigt

Bereits vier Tage nach Erhalt des TÜV-Berichts über den „Großversuch Tempo 100" will das Bundeskabinett abschließend beraten. Eine solch untypische Eile bei Kohls Mannen hat Ursachen.

Der Druck der bundesdeutschen Automobilkonzerne gegen die allgemeine Tempobegrenzung war die ganze Zeit über spürbar. Auch die Lobby, zumeist über den ADAC öffentlich bemerkbar, machte aktiv Front — zuletzt im wesentlichen durch das Umschwenken auf die Katalysatorlinie.

Der Organisator des Versuchs, der TÜV, hat denn auch alles getan, um die Ergebnisse möglichst eindeutig zu frisieren. Keine Besonderheit beim TÜV, der oft noch — völlig unverdient — den Ruf genießt, eine mehr oder minder neutrale und halbstaatliche Stelle zu sein anstatt eines auf Gewinn orientierten Vereins, der er ist.

Allein schon die Tatsache, daß der TÜV-Bericht ausführlich lediglich Berechnungen mit einer 30prozentigen Befolgung des Limits anstellt (und so zu einer Reduzierung der Emissionen um runde 10 Prozent kommt) zeigt die manipulierende Herangehensweise.

Noch nie gab es in anderen Fällen solche Berechnungsarten, die nur den einzigen Schluß zulassen, daß hier alles getan werden soll, um die Debatte zugunsten der Interessen der Autokonzerne möglichst schnell und mit einem pseudowissenschaftlichen Anstrich versehen beendet werden soll.

Und diese so gegebene — und geforderte — Vorlage will nun die Kohl-Regierung blitzschneller verwandeln als dies je ein Fußball-Torjäger tat. Damit wird auch beabsichtigt, erst keine Debatte um den TÜV-Bericht aufkommen zu lassen, die nur dazu führen könnte, den Charakter der TÜV-Arbeit in der Öffentlichkeit bloßzustellen.

Die Konzerne können zufrieden sein — wie immer haben sie sich durchgesetzt, ohne Rücksicht auf Verluste. Denn: Mit dem Katalysator à la Zimmerman läßt sich's, das zeigen ihre Anstrengungen und ihre Preispolitik, trefflich verdienen.

Die „Solidarität der Demokraten" funktioniert

Fortsetzung von Seite 1

Der Fall ist also „amtlich beigelegt". Und alle beteiligten Parteien hatten guten Grund zur ach so demokratischen Solidarität, haben sie doch alle Dreck am Stecken. Denn alle Parteien waren — auf verschiedenen Ebenen — damals an solchen Sachen beteiligt, und die die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sie es heute noch sind, trotz aller Aufrüstung der Dienste.

Neben dem damaligen Schmidt-Kanzleramt ist einer der politischen Hauptverantwortlichen, der frühere Innenminister Gerhard Baum (FDP), oft genug als liberaler Sachwalter der Demokratie präsentiert — solche Leute sind es, die heute als Garanten dafür gelten sollen, daß die neuen Geheimdienstgesetze nicht polizeistaatlich sein sollen. „Amtlich beigelegt" « mit einem Begräbnis erster Klasse: Das ist jene Amnestie, mit der Kohl und Co. beim Parteienbetrug gescheitert sind.

Und dies war ja auch, so darf man es ruhig sehen, die Absicht des feinen Herren von Brauchitsch gewesen. Einerseits die latente Drohung an seinesgleichen, er könnte ja noch mehr Dinger von ähnlicher Qualität ausplaudern; andererseits die Vermengung solcher nun abgesegneter Verstöße mit den Betrugspraktiken über die berüchtigte Staatsbürgerliche Vereinigung: Da wird auch Brauchitschs Weste ein Stückchen mit weiß gewaschen.

Die SPD-Bundestagsfraktion, in der Not staatstragend wie eh und je, hat in der Verteidigung eigener Vergehen aktiv wie eh und je, hat wieder mal ausdrücklich unterstrichen, daß sie zu jeder Schweinerei bereit ist — bis hin zum ausgesprochen peinlich berührt aufgenommenen dämlichen Vorschlag, man könne ja die BND-„Spende" der Konzerne zurückzahlen.

Da hat ein Herr Schäuble doch anderes Format als die sozialdemokratischen Lobbyisten: Er befand immerhin, in der Aktion „Geld für den BND" stecke auch ein deutlicher Teil Gemeinsinn.

Die Lehre aus dem Ganzen ist wahrlich nicht neu. Die auch jetzt wieder von einer großen Zahl Menschen empört gestellte Frage, wer denn eigentlich in dieser Republik das Sagen habe, beantwortet sich von selbst.

Wie sagte einst Otto Wolff von Amerongen so schön: Es komme nicht darauf an, Machtpositionen zu besetzen, sondern Einfluß zu haben. Um die, die diese Positionen besetzen zu bewegen. Alles klar?

Im Wortlaut:

Jeden Anschein vermeiden . . .

Der als offizielle Bundestagsdrucksache veröffentlichte Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) über die Spenden der Privatwirtschaft an den Bundesnachrichtendienst (BND) hat folgenden Wortlaut:

Private Zuwendungen an den Bundesnachrichtendienst

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist im Verlauf von drei mehrstündigen Sitzungen am 11. und am 13. November 1985 und aufgrund der ihr von dem Gremium zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste gemäß § 4 Abs. 9 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1985 gegebenen Informationen hinsichtlich der privaten Zuwendungen an den Bundesnachrichtendienst in den Jahren 1979/1980 zu folgenden Feststellungen und Bewertungen gelangt:

1. Dem Bundesnachrichtendienst sind im Jahre 1980 von mehreren Unternehmen insgesamt 400 000 DM zugewendet worden. Der Bundesnachrichtendienst hat diesen Betrag zur teilweisen Finanzierung eines mit 842 000 DM honorierten Werkvertrages mit einem Detektivbüro verwendet, das sich aufgrund dieses Vertrages in der Zeit vom 1. September 1979 bis zum 30. November 1980 im Ausland um die Aufklärung des Aufenthalts von mutmaßlichen Terroristen bemüht hat.

2. Die Parlamentarische Kontrollkommission hält die Entgegennahme privater Zuwendungen für die Erledigung dienstlicher Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes nicht für angängig. Dies gilt um so mehr, als die notwendigen Haushaltsmittel im Haushalt des Bundesnachrichtendienstes ausreichend zur Verfügung standen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, daß private Zuwendungen künftig in jedem Falle unterbleiben.

Auch wenn die Annahme solcher Zuwendungen noch den Feststellungen des Gremiums zur Genehmigung der Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste formell nicht zu beanstanden ist, muß der Staat gerade im Sicherheitsbereich seine Aufgaben ausschließlich mit eigenen Mitteln erfüllen.

Es muß jeder Anschein vermieden werden, daß sich Sicherheitsorgane in Abhängigkeit von finanzkräftigen Geldgebern begeben und im Interesse finanzkräftiger Geldgeber eine stärkere Aktivität entfalten als in anderen Fällen.

Im konkreten Fall haben sich für solche Auswirkungen keine Anhaltspunkte ergeben.

Es ist nicht Aufgabe der Parlamentarischen Kontrollkommission, die Zuwendungen, bei denen hinsichtlich eines Teilbetrages nicht völlig geklärt werden kann, ob sie von einem Unternehmen unmittelbar oder auf dem Wege über eine Vereinigung an den Bundesnachrichtendienst geflossen sind, steuerrechtlich zu würdigen.

3. Nach den Feststellungen der Parlamentarischen Kontrollkommission hat der seinerzeitige Präsident des Bundesnachrichtendienstes auf Entscheidungen der Staatsanwaltschaft keinen Einfluß genommen.

4. Die Parlamentarische Kontrollkommission bedauert, daß sie von der Annahme von privaten Zuwendungen durch den Bundesnachrichtendienst seinerzeit nicht unterrichtet worden ist. Da es sich dabei um einen Vorgang von besonderer Bedeutung handelt, wäre dies gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1978 (BGBL 1978, S. 453) Pflicht der Bundesregierung gewesen.

5. Bei der Beurteilung des Sachverhalts und insbesondere bei der Beurteilung der Frage, ob ein Fehlverhalten der damals Beteiligten vorliegt, muß die Gesamtsituation der Jahre 1978 bis 1980 gewürdigt werden. Sie war auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung und der Terrorismusaufklärung von der noch andauernden Erregung über die vorangegangenen Morde, dem Gefühl der besonderen Gefährdung bestimmter Personenkreise und einem starken Erfolgsdruck für die zuständigen Behörden gekennzeichnet. Bedeutsam erscheint auch, daß der Bundesnachrichtendienst von anderen Sicherheitsbehörden mehrfach aufgefordert worden ist, sich des in Rede stehenden Detektivbüros zu bedienen.

In der „Frankfurter Rundschau" dokumentiert: Die Stellungnahme der Parlamentarischen Kontrollkommission

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA" bei.

VI. Parteitag der KPD einberufen

Das ZK hat auf seiner Sitzung am 16./17.11.85 den VI. Parteitag der KPD — wie bereits auf dem Sonderparteitag angekündigt — für den 1./2. Februar 1986 einberufen. Das ZK schlägt folgende Tagesordnung für den Parteitag vor:

1. Rechenschaftslegung und Entlastung des ZK
2. Rechenschaftslegung und Entlastung der Schiedskommission
3. Thesen des ZK zur weiteren politischen Arbeit
4. Antragsdebatte
5. Verabschiedung eines Finanzplans für 1986
6. Beschlußfassung über eine Schiedsordnung
7. Vereinigungsverhandlungen mit der GIM
8. Beschlußfassung über die Einberufung des nächsten Sonderparteitages
9. Wahl des ZK
10. Wahl der Schiedskommission

Der Delegiertenschlüssel für den VI. Parteitag ist 1:5. Stichtag für die Festlegung der Anzahl der Delegierten pro Landesverband ist der 1.1.1986.

Anträge an den VI. Parteitag können ab sofort gestellt werden. Antragsschluß ist der 11.1.1986, die Anträge werden in der Ausgabe des RM, der am 17.1.1986 erscheint, veröffentlicht. Anträge von Landesmitglieder- bzw. -delegiertenkonferenzen können bis zum 18.1.1986 abgegeben werden, sie erscheinen dann im RM vom 24.1.1986.

Das ZK hat beschlossen, wie bereits zum Sonderparteitag auch zum VI. Parteitag andere Organisationen als Gäste einzuladen.

Termine für die Veröffentlichung der Materialien des ZK:

• Die Thesen des ZK zur weiteren politischen Arbeit erscheinen im RM vom 13.12.85.

• Der Tätigkeitsbericht des ZK erscheint im RM vom 17.1.86.

• Der Vorschlag für eine Schiedsordnung erscheint im RM vom 17.1.86.

Bericht über die Tagung des ZK vom 16./17.11.85

Das ZK hat zunächst über den Sonderparteitag bzw. die Aufträge des Sonderparteitags an das ZK diskutiert.

Die beschlossenen Dokumente des Parteitags — der Programmentwurf, die Resolution über Rolle und Selbstverständnis unserer Partei, das Statut und die Resolution zu den Vereinigungsverhandlungen mit der GIM — werden zusammen in einer Broschüre veröffentlicht. Zusätzlich dazu werden das Statut und die Resolution über Rolle und Selbstverständnis der Partei in einer gesonderten Broschüre publiziert.

Zur Kritik am alten Programm der Partei erscheint zunächst eine grundlegende Stellungnahme im RM, die sich auf einen bereits im internen Organ der Partei veröffentlichten Beitrag des ZK stützen wird.

Einrichtung einer Arbeitsgruppe Klassenanalyse: Das erste Treffen dieser vom Sonderparteitag beschlossenen Arbeitsgruppe soll im Januar 1986 stattfinden. Das ZK ruft alle Genossinnen und Genossen, die sich für eine Mitarbeit interessieren, auf, sich im zentralen Büro zu melden. Die genaue Aufgabenstellung der Arbeitsgruppe wird bei dem ersten Treffen im Januar festgelegt.

Einrichtung einer Kommission zur Aufarbeitung unserer bisherigen Erfahrungen mit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung: Das ZK hat über eine mögliche personelle Zusammensetzung dieser Kommission diskutiert. Die Kommission soll ihre Arbeit so schnell wie möglich aufnehmen und in den nächsten Monaten ein Diskussionspapier erarbeiten.

Weiterhin hat das ZK einen Genossen beauftragt, einen Formulierungsvorschlag zu erarbeiten, der dem vom Sonderparteitag beschlossenen Antrag auf eine differenziertere Darstellung von NATO und Warschauer Vertrag im Hinblick auf die Weltkriegsgefahr im Programmentwurf gerecht wird. Zur Weiterführung der Technologie-Debatte wird bis zum Frühjahr '86 eine Stellungnahme erarbeitet.

Anschließend diskutierte das ZK über die Finanzsituation der Partei. Durch den Rückgang von Mitgliedsbeiträgen und Spenden steht die Partei vor der Situation, daß die Zentrale für das Jahr 1986 nur noch mit ca. der Hälfte der bisherigen monatlichen Einnahmen rechnen kann. Daraus folgt, daß erhebliche Veränderungen notwendig werden. Es wird nicht möglich sein, die „Kommunistischen Hefte" und den „Roten Morgen" als Wochenzeitung weiterzuführen. Die Publikationstätigkeit der Partei muß vielmehr so gestaltet werden, daß sie von wesentlich weniger freigestellten Kräften als bisher geleistet werden kann. Weiterhin wird es auch nicht möglich sein, die Unterstützung der KJD im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten, was auf jeden Fall Auswirkungen auf die Publikationstätigkeit der KJD haben wird.

Wie die zentrale Tätigkeit der Partei unter den gegebenen finanziellen Bedingungen konkret gestaltet werden soll, wird der VI. Parteitag zu entscheiden haben. Einen ersten Diskussionsbeitrag über die mögliche Gestaltung der zentralen Publikationstätigkeit der Partei haben wir bereits im letzten RM veröffentlicht. Alle Genossinnen und Genossen sind aufgerufen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Damit sich alle Genossinnen und Genossen bereits vor dem VI. Parteitag ein konkreteres Bild über die finanzielle Situation machen können, wird in Kürze ein Rundschreiben des Politbüros dazu in die Partei gehen.

Das ZK diskutierte außerdem über die geplanten Angriffe auf den § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes, die das Streikrecht in der Bundesrepublik in erheblichem Umfang in Frage stellen (siehe auch die Erklärung des ZK dazu auf Seite 2). Angesichts der gewerkschaftlichen Mobilisierungskampagne zur Verteidigung des §116 hat das ZK beschlossen:

• Es erscheint so schnell wie möglich ein RM-Extra zu dieser Frage, das vor den Betrieben und auf der Straße verteilt werden soll.

• Die Partei ist aufgerufen, örtlich Informationstreffs oder Veranstaltungen zum Thema durchzuführen.

• Es erscheint ein RM-Sonderdruck (DIN A4) mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des §116 und einem ausführlichen Kommentar dazu.

• Alle Genossinnen und Genossen sind aufgerufen, nach Kräften dazu beizutragen, daß sich eine breite und wirkungsvolle gewerkschaftliche Gegenwehr in den Betrieben und auf der Straße entwickelt. Dazu gehört auch die Forderung an die Gewerkschaftsvorstände, daß es kein neues Dreiergespräch in Bonn geben darf, wenn die Regierung nicht vorher definitiv zusagt, daß der §116 so bleibt wie er ist.

Weiterhin hat das ZK anhand einer Stellungnahme des BUF (Bundeskoordination Unabhängiger Friedensinitiativen) zu SDI und Eureka über die Unterschriftensammlung einer Naturwissenschaftlerinitiative gegen die Unterstützung von SDI durch die Bundesregierung diskutiert. Das ZK hat sich für die Unterstützung dieser Unterschriftensammlung ausgesprochen. Ein Artikel, der sich mit der Diskussion in der Friedensbewegung um SDI und Eureka und den Einwänden von BUF gegen die erwähnte Unterschriftensammlung befaßt, wird im nächsten RM veröffentlicht.

Bundeserziehungsgeldgesetz vom Bundestag beschlossen

Am letzten Donnerstag hat der Bundestag gegen die Stimmen der Grünen und bei Stimmenthaltung durch die SPD das Bundeserziehungsgeldgesetz beschlossen. Es wird am 1.1.86 in Kraft treten. Das Gesetz wurde im wesentlichen in der von der Bundesregierung als Entwurf vorgelegten Fassung verabschiedet. Wichtigste Änderung: Das Erziehungsgeld wird nicht nur zusätzlich zur Sozialhilfe gezahlt, wie ursprünglich vorgesehen, sondern auch zusätzlich zur Arbeitslosenhilfe. Der gleichzeitige Bezug von Arbeitslosengeld und Erziehungsgeld bleibt aber — unabhängig von der Höhe des Arbeitslosengeldes weiter ausgeschlossen.

Es bleibt also auch dabei, daß der generelle Kündigungsschutz, der bisher beim Mutterschaftsurlaub bestand, beim Erziehungsurlaub nicht gelten soll, Kündigungen „ausnahmsweise" möglich sind. Im Bundeserziehungsgeldgesetz, das am letzten Donnerstag beschlossen wurde, ist nicht festgelegt, was dieses „ausnahmsweise" genau bedeutet. Das soll in einer Verwaltungsvorschrift geregelt werden, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes aber noch nicht vorlag. Ein Entschließungsantrag der SPD, diese Verwaltungsvorschrift vor ihrer Verabschiedung dem Bundestag vorzulegen, wurde abgelehnt. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß diese entscheidende Frage unter Ausschluß der Öffentlichkeit, hinter verschlossenen Türen, entschieden werden soll.

Mehr Familie

In der Bundestagsdebatte um das Bundeserziehungsgeldgesetz in der letzten Woche sagten die Rednerinnen der CDU/CSU wesentlich deutlicher als bei anderen Gelegenheiten, worum es der Bonner Regierung bei dem Bundeserziehungsgeldgesetz wirklich geht. Nämlich nicht so sehr um die Förderung eines neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau (Motto des CDU-Parteitages im März) als vielmehr um die Förderung der Familie. Familienministerin Süssmuth: „Ich denke, es ist in der Tat so, daß wir mit der Verabschiedung dieses Gesetzes die lange angekündigte Idee, Familiengründungen durch Familienförderung zu unterstützen, verwirklicht haben." Wobei die Ministerin selbstverständlich ordentliche Familien, solche mit Trauschein nämlich, im Auge hat. Denn Familien ohne Trauschein sind im Bundeserziehungsgeldgesetz nicht vorgesehen.

Daß bei der Förderung des „christlichen Familienbildes" (die Abgeordnete Kroll-Schlüter für die CDU/CSU) die Interessen der Frauen auf der Strecke bleiben, ist eine Binsenweisheit. Aber wie sehr die Regierung bei der Zahlung des Erziehungsgeldes an die Männer denkt, erstaunt doch. Frau Süssmuth wirklich in der Debatte: „Selbst wenn wir die Situation haben, daß die Väter zunächst zögernd und in Stufen davon Gebrauch machen werden (vom Erziehungsurlaub — RM) ist daran zu denken, wieviel junge Männer unter einem besonderen Erwartungs- und Leistungsdruck stehen, wenn sie plötzlich die Alleinverdiener in einer jungen Familie sind, und daß auch für sie diese 600 DM eine wesentliche Entlastung nach der Geburt eines Kindes auf Grund erheblicher Kinderkosten darstellen und somit eine wichtige finanzielle und zugleich psychische Entlastung erreicht wird." Auf deutsch: die junge Mutter steht mit der Arbeit da und der junge Vater wird mit 600 DM getröstet.

Das Jein der SPD

Die SPD-Fraktion im Bundestag mochte trotz vieler Kritiken und obwohl zwei Gewerkschaften extra mit einem Telex dazu aufgefordert hatten, nicht gegen das Bundeserziehungsgeldgesetz stimmen. Sie enthielten sich der Stimme. Ex-Minister Hauck erläuterte, warum: weil der „richtungsweisende familienpolitische Einstieg", den das Gesetz darstelle, eine Ablehnung verbiete und andererseits Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen von berufstätigen Müttern eine Zustimmung unmöglich mache.

Dieses Jein der SPD in der Abstimmung ist bereits im SPD-Gesetzentwurf angelegt gewesen. Denn der Gesetzentwurf versuchte auf ausgesprochen komplizierte Weise den jetzigen Mutterschaftsurlaub mit den Vorstellungen der Regierung zu kombinieren. Zum Nachteil der berufstätigen Mütter. Denn sie hätten zwar vier Monate lang 750 DM statt 600 DM bekommen sollen, aber dafür den Preis zahlen müssen, daß — wie im Regierungsentwurf auch — Kündigungen „ausnahmsweise" möglich sein sollten. Auch die Einführung von Teilzeitarbeit während des Elternurlaubs sah der SPD-Entwurf vor.

Fortsetzung von Seite 1

Gewerkschaftsversammlungen und bei Diskussionen in den Betrieben deutlich, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder diesen Vergleich keineswegs „infam und verleumderisch“ findet. Gewiß: wir schreiben nicht 1933. Aber wer heute wie die Regierungskoalition auf die Zerstörung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit abzielt, muß sich heute daran erinnern lassen, daß es eben dieses Bestreben der reaktionärsten Kapitalskreise in der Weimarer Republik war, das schließlich in der Errichtung der faschistischen Diktatur und der terroristischen Zerschlagung der Arbeiterorganisationen mündete.

Die ersten Reaktionen an der Basis der IG Metall und in den Belegschaften auf die Kampagne der IG Metall lassen erkennen, daß die Bereitschaft, für die Verteidigung des Streikrechts zu kämpfen,

groß ist.

Weitergehender jedenfalls als die durchaus inkonsequenten und halbherzigen Beschlüsse des IGM-Vorstandes; denn während der IGM-Vorstand sich um die Frage des Streiks gegen die geplante Änderung des § 116 herumdrückt, steht eben diese Frage auf vielen Gewerkschaftsversammlungen längst im Zentrum der Diskussion. Während die Führungen von IGM und DGB sich weiterhin gegenüber Regierung und Unternehmerorganisationen gesprächsbereit zeigen, wird auf vielen Versammlungen gefordert, daß es keine neuen Gespräche geben darf, solange dieser Angriff auf das Streikrecht nicht unzweideutig abgeblasen worden ist.

Das Recht zum Widerstand

Haben die Gewerkschaften das Recht, gegen die geplante Änderung des § 116 zu streiken? Die bürgerlichen Politiker von rechts bis weit in die SPD hinein bestreiten das. Für sie wäre ein solcher Streik verfassungswidrig. Ein Streik darf sich nicht gegen die Entscheidung eines aus „freien“ Wahlen hervorgegangenen Parlaments richten. So diese Position, die von eher rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären in nicht unerheblichem Umfang geteilt wird.

Gewiß, die Wahlen hierzulande sind nicht frei, der Parlamentarismus ist eine Form der bürgerlichen Klassenherrschaft, gegen die die Arbeiterklasse nicht nur das Recht zum Widerstand, sondern das Recht zur Revolution hat.

So sehen wir es als Kommunisten. So sieht es die überwältigende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten, der Gewerkschafter in diesem Lande nicht.

Unsere marxistischen Auffassungen erledigen die Debatte, die es bereits jetzt innerhalb der Gewerkschaften und in den Betrieben um die Legitimität eines politischen Streiks gegen ein Gesetzesvorhaben des Parlaments gibt, natürlich nicht. Die Reaktion wird den Gewerkschaften in den nächsten Wochen diese Debatte noch stärker aufzwingen. Auf die leichte Schulter nehmen, kann man sie nicht.

Die Schwierigkeit dieser Debatte liegt nun gerade darin, daß die westdeutsche Arbeiterbewegung die Legitimität dieses Staates und seiner verfassungsmäßigen Ordnung grundsätzlich keineswegs infragestellt. Wäre dem nicht so, wäre die Arbeiterbewegung subjektiv revolutionär, hätten wir diese Debatte nicht, wie wir überhaupt verschiedene Probleme nicht hätten.

Auf der Basis, daß der westdeutschen Arbeiterbewegung verfassungsfeindliche Bestrebungen in nennenswertem Umfang derzeit leider noch abgehen, gibt es aber zwei entgegengesetzte Arten, sich auf die Verfassung zu berufen. Für die einen setzt der Artikel 19, Absatz 4 des Grundgesetzes der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit die Grenze: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.“ Das bedeutet: keinen Streik, allenfalls Verfassungsklage bzw. bei der nächsten Bundestagswahl für Mehrheitsverhältnisse im Bundestag sorgen, die eine Wiederherstellung des jetzigen Rechtszustandes ermöglichen. Eben diese Position hat die Gewerkschaften in der Endphase der Weimarer Republik gegenüber dem Faschismus entwaffnet.

Die andere Position, wie sie besonders heftig diskutiert von Hans Preiss formuliert worden ist, beruft sich auf Artikel 20, Absatz 4 des Grundgesetzes: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Die Formulierung ist so nebulös, daß der Gedanke, die Frage, wann dieser Widerstandsfall gegeben ist, sei juristisch eindeutig zu klären, sich von selbst erledigt. Es ist eine politische Frage, also eine Machtfrage.

Es wird heute nicht viele geben, die es wagen würden zu bestreiten, daß die Gewerkschaften schon lange vor dem 30. Januar 1933 dieses Recht zum Widerstand hatten. Sicher beim Sturz der sozialdemokratisch geführten Preußenregierung im Juli 1932. Aber wäre es zu diesem Vormarsch der Reaktion überhaupt erst gekommen, wenn die Gewerkschaften nicht von der Angriffsaussperrung 1928 über staatliche Zwangsschlichtungen bis hin zum Notverordnungssystem Stück für Stück ihre Handlungsfähigkeit preisgegeben hätten?

Die Lehre der Geschichte ist brutal und eindeutig: Widerstand kann man nur solange leisten, wie man noch stark genug zum Kampf ist. Das Widerstandsrecht gibt nur einen Sinn, wenn es das Recht ist, schon den Anfängen mit allen Mitteln zu wehren.

Darum haben die Gewerkschaften jetzt das Recht zum Widerstand gegen diesen schwerwiegenden Angriff auf das Streikrecht.

Konferenz der Opel-Vertrauensleute in Bochum

Angekündigtes Thema der Vertrauensleutekonferenz am 17.11. waren die Tarifauseinandersetzung 1986 und ein paar andere Punkte. Im Mittelpunkt stand dann aber der Kampf gegen die geplante Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz.

Bei Opel ist so ziemlich allen klar, worum es geht. Im Juni 1974 waren 10000 Beschäftigte kalt ausgesperrt und vom Franke-Erlaß betroffen. Mehrere tausend demonstrierten damals zum Arbeitsamt und forderten die Zahlung von Kurzarbeitergeld. Täglich traf man sich in einem Gemeindehaus. Ein Lautsprecherbus wurde organisiert, um in den Stadtteilen über den Arbeitskampf zu informieren und den Zusammenhalt der Belegschaft zu demonstrieren. Es gelang während der Aussperrungsphase, eine Belegschaftsversammlung der Ausgesperrten und der etwa 8000 noch Beschäftigten im Werk durchzuführen. Unüberhörbar war die Forderung nach einer Werksbesetzung und viel fehlte nicht daran.

So fiel das Referat von Hans Janßen, dem Tarifexperten im IGM-Vorstand, von vornherein auf fruchtbaren Boden. Janßen knüpfte an den Erfahrungen des Arbeitskampfes 1984 an: Es ist möglich, trotz hoher Arbeitslosigkeit, soziale Verbesserungen zu erkämpfen; im nächsten Jahr geht es darum, die Arbeitszeit weiter zu verkürzen und sich nicht auf Lohnforderungen zu beschränken, wie es die Arbeitgeber gern hätten; die geplante Gesetzesänderung allerdings würde den Gewerkschaften alle Kampffähigkeit rauben; diese Änderung muß unbedingt verhindert werden.

Die Diskussion zeigte schnell, daß in der Frage des § 116 noch größere Einheit besteht als in der Aktionswoche des DGB im Oktober. Vom Sozialabbau sind die Leute unterschiedlich betroffen. Und von einer anderen Regierung ist keine grundsätzlich andere Politik zu erwarten. Aber hier geht es der Gewerkschaft an den Nerv, das würde sich die SPD nicht trauen, das würde sie nicht machen. Ja, sogar die Sozialausschüsse haben sich auf ihrem letzten Kongreß gegen die Änderung des § 116 ausgesprochen.

So meldete sich als erster ein Kollege von der CDA zu Wort: Wir stehen in dieser Frage hinter der Gewerkschaft. — Beifall. Immerhin hatte die CDA im Oktober die Teilnahme an den Herbstaktionen des DGB abgelehnt. Als wenig später ein anderer CDA-Mann diese Haltung verteidigt, geht die Stimmung im Saal hoch. Wie viele spätere Redner begann er seinen Beitrag mit der hübschen Floskel: Ich will ja nicht parteipolitisch werden. Aber das war, wie Janßen am Schluß feststellte, das einzige Versprechen, das keiner einhalten konnte. Janßen versuchte zu dämpfen.

Es sei nicht ganz glücklich, daß gleich am Anfang der Auseinandersetzung im ersten Extrablatt der IG Metall das Foto von einem Kollegen abgebildet wurde mit dem Transparent: „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten“. Aber mehrere Redner führten den Vergleich zwischen 1933 und 1985 aus. Ein griechischer Vertrauensmann erinnerte an das Obristenregime in seiner Heimat: Die geplante Gesetzesänderung macht die Gewerkschaft zum Bittsteller gegenüber den Unternehmern. Wenn man nicht betteln will, bleib letztlich nur eine Alternative — das Gefängnis.

In seinem Schlußwort ging Janßen auf den Vorwurf ein, die SPD sei in seinem Referat zu gut weggekommen. Er erinnerte an die Aufrufe der IG Metall zur Demonstration gegen die Politik des Sozialabbaus durch die damalige SPD-Regierung 1982. Er zeigte auf, daß weder die Unternehmer noch der Bauernverband, der der CDU nahesteht, irgendwelche Skrupel hätten, die von ihnen insgesamt unterstützte Regierung unter Druck zu setzen. Genauso müßten die Gewerkschaften auf jede Regierung, auf jede Koalition Druck ausüben, um ihre Interessen durchzusetzen.

Besonders starken Beifall erhielt Janßen, als er auf die Ausländerpolitik der Regierung einging. Die CDA hatte in ihrem Flugblatt im Oktober die Rückkehrprämie für Ausländer ausdrücklich begrüßt. Janßen sprach genau die Erfahrung auch aller deutschen Kolleginnen und Kollegen an: Die Politik des „Heuern und Feuern“ betrifft uns alle.

Die praktischen Maßnahmen, die die IG Metall für Bochum vorgesehen hat — Kundgebung, Stände, Unterschriftensammlung, Mitgliederversammlung für alle Metaller in der Ruhrlandhalle am 3.12., außerordentliche Belegschaftsversammlungen, kurzfristige Arbeitsniederlegungen insbesondere während der noch einmal angekündigten Gespräche zwischen Gewerkschaft und Regierung — fanden schließlich die einhellige Unterstützung der Versammlung.

Lübecker Vertreterversammlung fordert Streik

In Lübeck ist die Mobilisierung gegen die geplante Änderung des § 116 angelaufen. Den Auftakt bildete die Unterschriftensammlung der Bezirksleitung Hamburg der IG Metall. Die Reaktion auf diese Unterschriftensammlung in den Betrieben ist außerordentlich positiv.

Übereinstimmend wird aus verschiedenen Metallbetrieben berichtet, daß sich eine ungewöhnlich große Zahl an Kolleginnen und Kollegen in die Listen unter dem Motto „Hände weg vom Streikrecht“ eingetragen hat. Offensichtlich sind die Erfahrungen aus der 35-Stunden-Woche-Auseinandersetzung noch so frisch, daß die Gefahren für das Streikrecht selbst von solchen Kolleginnen und Kollegen erkannt wird, die sonst eher nicht zu Unterstützern gewerkschaftlicher Aktivitäten gehören.

Auf der Vertreterversammlung Lübeck der IG Metall erntete der Beschluß der 12. Bundesfrauenkonferenz Beifall, die zum politischen Streik gegen die Änderung des § 116 aufgerufen hat. Scharf wurde in Beiträgen auf dieser Versammlung der Kommentar von Hans Mayr im „Gewerkschafter“ Nr. 11 kritisiert, wo er schreibt: „Wir warten darauf, daß die CDU/CSU und insbesondere der Bundeskanzler sich endlich dazu aufraffen, den Arbeitgebern und der FDP ein unmißverständliches Halt entgegenzurufen.“

„Hans Mayr hat wohl vergessen, daß die gleiche Bundesregierung, Kohl, Blüm und Franke in der 35-Stunden-Auseinandersetzung kein Kurzarbeitergeld zahlen wollten“, so erinnerten die Redner und stellten fest, daß sie nicht daran glauben, daß diese durch und durch arbeiterfeindliche Regierung ihre Haltung ändert, es sei denn, die IG Metall zwinge sie dazu. Ebenso wurde die Gesprächsbereitschaft des IG-Metall-Vorsitzenden kritisiert. Dies führe nur dazu, daß die Mitglieder demoralisiert werden und eine Mobilisierung zu wirklichen gewerkschaftlichen Aktionen geschwächt wird.

Obwohl am Schluß dieser Sitzung der Ortsbevollmächtigte versuchte, die Haltung des Vorstandes zu verteidigen und die Kritik abzuschwächen, beschloß die Vertreterversammlung dann einstimmig nebenstehende Resolution mitForderungen an den Vorstand.

Auf einem Treffen der Metallgenossen der KPD in Lübeck wurde diese Sache mit folgendem Ergebnis diskutiert:

Die KPD muß sich dafür einsetzen

- daß die Unterschriftensammlung der Bezirksleitung der IG Metall wirklich als Auftakt zur Mobilisierung genutzt wird — über die Betriebe hinaus,
- daß bei den geplanten Aktivitäten die Anwendung des Widerstandsrechts von den klassenkämpferischen Kräften konkret gefordert werden muß, z.B. betriebliche Warnstreiks oder ein Marsch auf Bonn an einem Arbeitstag im Dezember,
- daß dies auch die Sache der demokratischen Öffentlichkeit wird, die gegen diesen Angriff auf demokratische Grundrechte mobilisiert werden muß.

Widerstand gegen die Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes

Resolution der Vertreterversammlung der IGM Lübeck

Die Regierungskoalition in Bonn plant mit der Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes einschneidende Maßnahmen gegen das Streikrecht in der Bundesrepublik. Sollten diese Pläne Wirklichkeit werden, dann ist die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ernsthaft bedroht und der Unternehmerwillkür Tür und Tor geöffnet.

Die Vertreterversammlung Lübeck fordert daher den Vorstand der IG Metall auf:

- *diese Pläne mit massiver Mobilisierung der Mitglieder zu beantworten,*
- *und unmißverständlich klarzustellen, daß die IG Metall diese Pläne als Angriff auf demokratische Grundrechte betrachtet,*
- *die ganze gewerkschaftliche Kraft zur Verhinderung dieser Pläne bis zur Anwendung des Rechts auf Widerstand nach Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes einzusetzen.*

(Einstimmig angenommen)

12 Frauenkonferenz der IG Metall

„Wir wollen Brot und Rosen . . .“

„Das Brot, das Du uns da angeboten hast, ist ein bißchen schwer verdaulich, Kollege Mayr“, meinte eine der 213 Delegierten zur 12. Frauenkonferenz der IG Metall am 7. - 9. November in Frankfurt. Sie bekam ebensoviel Beifall wie die Delegierte, die feststellte, daß Hans Mayr, der IGM-Vorsitzende über Amerika rede, wo es doch im eigenen Land brenne. Um das zu wissen, brauche man nur die Anträge zu dieser Frauenkonferenz zu lesen.



Das schwer verdauliche Brot war ein Vortrag von Mayr über die Wirtschaftsverhältnisse der USA, in dem dann ebenso schwer verdauliche Aussagen zur nächsten Tarifrunde versteckt waren: „Niemand kann uns allerdings daran hindern, bei der nächsten Etappe der generellen Wochenarbeitszeitverkürzung über Flexibilisierung im Interesse der Arbeitnehmer nachzudenken ... Flexibilisierung nach den Interessen der Arbeitnehmer hieße stattdessen Schritte zur Selbstbestimmung über die Lage und Verteilung der individuellen Arbeitszeit als Ergänzung zur Verkürzung der kollektiven Arbeitszeit; Übereinstimmung zwischen gemeinsamen Beschäftigungsinteressen und persönlichen Zeitbedürfnissen ... Wir haben bei vielen Gelegenheiten für eine offene und unvoreingenommene Diskussion über unser zukünftiges tarifpolitisches Vorgehen plädiert.“

Daß in diesen so harmlos väterlichen Worten (im schlechten Sinne) Wegweisendes für die nächste Tarifrunde liegen könnte, zeigte sich in der späteren Diskussion um einen Antrag vom Frauenausschuß beim Vorstand, der sich mit der Form der Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigte. Es waren bezeichnenderweise die Delegierten aus Baden-Württemberg — noch gebrannt vom Leber-Kompromiß —, die auf die Pferdefüße dieses Antrages hinwiesen. Auch dort hieß es nämlich: „Über die allgemeine Wochenarbeitszeitverkürzung hinaus ist zu prüfen, inwiefern besondere Lebenssituationen von Arbeitnehmern zusätzliche tarifliche oder gesetzliche Arbeitszeitverkürzungen notwendig machen. Zu denken ist hier entsprechend der bereits in der Organisation diskutierten Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer und Schichtarbeiter auch an eine kürzere Arbeitszeit für Eltern mit Kindern bis zum 10. Lebensjahr. Die Abteilung Frauen beim Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, mit den zuständigen Abteilungen Vorstellungen zu erarbeiten, wie solche erziehungsbedingten Kürzungen der Arbeitszeit für Mütter und Väter und die Rahmenbedingungen dafür ... aussehen könnten ...“

„Flexibilisierung gehört nicht zu unserem Sprachgebrauch“

so hatte es eine Delegierte auf den Punkt gebracht. Der genannte Antrag stand nämlich bezeichnenderweise nicht unter dem Punkt Gesetzesänderungen, sondern unter dem Punkt Tarifpolitik. Und da, das machten die Delegierten unmißverständlich deutlich, geht Flexibilisierung immer zu Lasten der Schwachen und vor allem der Frauen. Schon nach der letzten Tarifrunde waren es vor allem schlecht bezahlte Frauen, deren Arbeitszeit auf 37 Stunden verkürzt wurde und deren berufliche Benachteiligung dadurch noch zementiert wurde.

Genauso, das war die Meinung der Delegierten, würde eine „erziehungsbedingte“ Flexibilisierung der Arbeitszeit ganz sicher nicht dazu führen, daß besser bezahlte Männer nun statt der schlecht bezahlten Frauen zu Hause blieben. Schon am Morgen vor dieser Diskussion war von Gudrun Hamacher (Vorstand der IG Metall) eine Presseerklärung herausgegeben worden, in der mit ähnlichem Tenor ein „Nachdenken“ über solche Art von Flexibilisierung gefordert wurde. Bezeichnenderweise sprach dann Monika Sanner-Jacob von der Abteilung Frauen auch nur noch davon, daß man Modelle der Arbeitszeitverkürzung „orientiert an Frauenvorstellungen entwickeln müsse“ (und erntete ablehnendes Schweigen) — Gudrun Hamacher hatte noch vom „Nachdenken“ über „Familieninteressen“ gesprochen.

Obwohl es über diese Frage wohl kaum Vordiskussionen gegeben hatte, lehnte die große Mehrheit der Delegierten diesen Antrag ab und war mit Konsequenz bockig, als mit immer neuen Abstimmungen doch noch eine Mehrheit für diesen Antrag beziehungsweise für Teile davon gefunden werden sollte.

„Kohl soll sich mal in den Betrieben umgucken, wie eine menschliche Gesellschaft aussieht“

hatte eine Delegierte ihren Bericht über die Auswirkungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes geschlossen. Es gibt Abteilungen, in denen die Mehrzahl der Kollegen nur noch befristet arbeiten, Kolleginnen sind völlig fertig, der Spaltpilz ist in der Belegschaft — frau konnte das Heulen bekommen bei den Schilderungen mehrerer Kolleginnen über die Auswirkungen dieses Gesetzes in ganz vielen Betrieben.

Kritisiert wurde deshalb auch, daß es gegen dieses Gesetz keine Widerstand gegeben hatte, daß, wie in so vielen Fällen auch (nur) mit „allen Mitteln in den Gesetzgeber eingewirkt wurde“ — ohne Erfolg.

Das darf bei der geplanten Gesetzesänderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes auf keinen Fall so sein, das muß verhindert werden — mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln.

So der Tenor fast aller Beiträge zu zwei Initiativanträgen, die vom Vorstand forderten, Maßnahmen bis hin zum Streik zu ergreifen, um das Streikrecht zu verteidigen und um eine ähnliche Entwicklung wie in der Weimarer Republik hin zum Faschismus zu verhindern.

Keine Hand rührte sich zum Beifall, als IGM-Vorsitzender Mayr dazu meinte

„Wir sind doch keine Organisation der Sprücheklopfer“

und davor warnte, es so „wie in England“ (beim Bergarbeiterstreik) zu machen. „Wir wollen nicht hinnehmen, daß das Leben so ist“, erwiderte ihm eine Delegierte. Beide Initiativanträge wurden mit großer Mehrheit angenommen, ebenso wie ein Antrag, in dem der Vorstand aufgefordert wird, keine weiteren Gespräche mit der Bundesregierung zu führen, solange diese Angriffe auf die Gewerkschaften nicht vom Tisch sind.

Daß die Entscheidung über diese Initiativanträge wichtig war, demonstrierten die zahlreich anwesenden (hauptsächlich männlichen) hauptamtlichen Funktionäre in der Pause vor der Abstimmung auf ihre Weise: Hektisch diskutierten sie in den Reihen der Delegierten, redeten zum Teil zu mehreren auf eine Frau ein — und erreichten das Gegenteil: eindeutige Diskussion und Abstimmungen für diese Anträge und einen bissigen Redebeitrag, in dem eine Delegierte diesen Vorgang schilderte und meinte, die Frauen seien schlau genug, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Oder wie eine Delegierte aus Bochum sagte:

„Das Leben ist eben so“

Wohl auch unter dem Eindruck der zahlreichen Beiträge, in denen immer wieder Aktionen, betrieblicher Widerstand, Öffentlichkeit gegen den Angriff auf das Streikrecht gefordert wurde, hatte der Vorstand am Rande der Frauenkonferenz dann beschossen, die jetzt anlaufenden Aktionen gegen den Angriff auf das Streikrecht zu organsieren. (Der Vollständigkeit halber: Natürlich nicht nur unter dem Eindruck der Frauenkonferenz — auch auf der Bundeshandwerkskonferenz war ein ähnlicher Initiativantrag verabschiedet worden, auf zahlreichen anderen Funktionärskonferenzen war gefordert worden, mit dem 19.10. dürfe der Widerstand nicht aufhören und auch im Vorstand gab es in dieser Frage Widersprüche).

Mutter- und/oder Frauentag oder was ...?

Immer wieder wurden von Delegierten auf der Frauenkonferenz die positiven Erfahrungen geschildert, die in Aktionen gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen gemacht wurden. Zahlreiche Anträge forderten deshalb auch eine offizielle Teilnahme an den „Muttertagsaktionen“. Entgegen der Praxis bei anderen Anträgen, denen zur Glättung der Widersprüche ein meist etwas verwaschener Leitantrag vorangestellt wurde, wurde hier lapidar Ablehung empfohlen.

Fortsetzung auf Seite 6

Initiativantrag

Kampf gegen die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes

Die 12. Frauenkonferenz der IG Metall fordert den Vorstand der IG Metall auf, für den Fall, daß die beabsichtigte Änderung des § 116 AFG in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht wird oder auf dem Weg einer Mehrheitsentscheidung durch den Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit geändert wird, Maßnahmen im Sinne des Artikels 20 (4) Grundgesetz in Verbindung mit § 2 der Satzung der IG Metall zu ergreifen.

Der Vorstand der IG Metall wird weiterhin aufgefordert, im vorstehenden Sinne auf den DGB-Bundesvorstand einzuwirken, um die Beteiligung möglichst aller DGB-Gewerkschaften sicherzustellen.

Um unseren Widerstandswillen deutlich zu machen, sind schon jetzt geeignete betriebliche Aktivitäten durch die Gremien der IG Metall zu organisieren.

Durch die aktuelle Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sich den Plänen der FDP zur Änderung des § 116 AFG anzuschließen, ist ein erhöhter Handlungsdruck der IG Metall und des DGB, dieses zu verhindern, entstanden.

Wenn wir bisher immer unmißverständlich erklärt haben, daß die Änderung des § 116 AFG ein Angriff auf die Existenzbedingungen freier Gewerkschaften in der Bundesrepublik ist, dann ist es jetzt höchste Zeit, zu handeln.

Unbestritten ist, daß die rechtswissenschaftliche Diskussion um die Problematik des § 116 AFG fortgesetzt werden kann und muß.

Davon unabhängig sind jedoch konkrete Vorbereitungen auf allen Ebenen innerhalb der IG Metall und des DGB zu treffen, um das Widerstandsrecht wahrnehmen zu können.

Wozu gewerkschaftliche Toleranzpolitik führen kann, hat die Weimarer Republik bewiesen.

Der politische Mut der Gewerkschaften zum Handeln ist jetzt gefragt, um Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Das Streikrecht ist durch das Grundgesetz garantiert.

Die beabsichtigten Änderungen des § 116 AFG bedeuten die faktische Zerschlagung des gewerkschaftlichen Streikrechts.

Deshalb dürfen wir keinen Zweifel daran lassen, daß wir uns den beabsichtigten Änderungen mit all unserer Kraft widersetzen werden.

Empfehlung der Antragskommission: Material Empfehlung nach der Diskussion: Annahme: Abstimmung: Annahme bei 10 Gegenstimmen

Es geht um Rationalisierungsschutz

Bremer Tageszeitungen bestreikt

Am Mittwoch, Freitag und Samstag erschienen in Bremen keine lokalen Tageszeitungen. Kolleginnen und Kollegen der Technik der Bremer Tageszeitungs AG (BRETAG), in deren Verlag sowohl der Weser-Kurier als auch die Bremer Nachrichten erscheinen, hatten die Arbeit niedergelegt, um eine Betriebsvereinbarung zum Schutz gegen Rationalisierungspläne der Geschäftsleitung durchzusetzen.

1980 war bei der BRETAG das rechnergesteuerte Textverarbeitungssystem (RTS) eingeführt worden. Damals konnte der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung durchsetzen, die u.a. beinhaltete: RTS wird nicht im Bereich redaktioneller und kaufmännischer Tätigkeit eingesetzt, die Texterfassung erfolgt nur durch Kolleginnen und Kollegen der Satzherstellung, Eingaben, die nicht von Setzern vorgenommen werden, dürfen nicht weiterverarbeitet werden.

Trotz dieser Betriebsvereinbarung wurden seit 1980 144 Arbeitsplätze bei der BRETAG vernichtet. Der Verlagsleitung mit dem Vorstandsvorsitzenden H. C. Ordemann an der Spitze reicht das nicht. Die Tatsache, daß die RTS-Betriebsvereinbarung am 16. Juni 1985 ausgelaufen ist, nutzte die Verlagsleitung, um ein neues Rationalisierungskonzept auf den Tisch zu legen. Es sieht den Einsatz von RTS auch im redaktionellen und kaufmännischen Bereich vor. Weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Satzherstellung wäre die Folge. Arbeiten am Bildschirm, wie sie jetzt von Setzern zu entsprechenden Stundenlöhnen verrichtet werden, sollten dann nach dem Willen der Geschäftsleitung etwa in der Anzeigenaufnahme wesentlich niedriger bezahlt werden.

Die Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat über eine RTS-Nachfolgevereinbarung zogen sich lange hin. Auf einem Wochenendseminar im September hatten 40 Kolleginnen und Kollegen der BRETAG einen Vereinbarungsentwurf erarbeitet, der die wesentlichen Inhalte der alten Betriebsvereinbarung wiederaufnahm und dem Betriebsrat als Verhandlungsgrundlage diente. Als die Geschäftsleitung schließlich die Verhandlungen über eine Nachfolgevereinbarung abbrach und die Einigungsstelle anrief, kam es zu einer Serie von Abteilungsversammlungen, in denen der Betriebsrat die Belegschaft über den Stand informierte und auf denen das weitere Vorgehen beschlossen wurde.

Als am Donnerstag die Arbeit nicht normal aufgenommen wurde, drohte die Verlagsleitung 140 Kolleginnen und Kollegen, darunter allen Vertrauensleuten im technischen Bereich, mit Kündigung.

Inzwischen erscheinen die Bremer Tageszeitungen wieder. Die Geschäftsleitung hat alle Maßregelungen zurückgenommen. Eine RTS-Nachfolgevereinbarung wurde aber noch nicht erreicht.

„Wir wollen Brot und Rosen ..."

Fortsetzung von Seite 5

Und wie bestellt, wurde dann auch ein Beitrag von einer Teilnehmerin gebracht, die einen Widerspruch zwischen den Frauentags- und den Muttertagsaktionen sah, die beklagte, daß ja immer weniger Frauen die Aufrufe zu den Muttertagsaktionen unterzeichneten und eine andere Delegierte aus dem rechtssozialdemokratischen Lager erzählte erschröckliche Geschichten, wie autonome Frauen Gewerkschafterinnen verteufelt hätten und daß sie mit solchen Frauen nicht zusammenarbeiten wolle.

Zufällig (oder auch nicht) gab es gleichzeitig aus Dortmund einen Antrag, der den Vorstand aufforderte, am 8. März zu zentralen Großdemonstrationen aufzurufen, „wenn dies aus aktuellen Erfordernissen notwendig ist." (?) Dieser Antrag war zur Annahme vorgeschlagen. Die sicher löbliche Absicht, an dem noch vor wenigen Jahren heißumkämpften und vom Vorstand abgelehnten Frauentag nun auch noch zu Großdemonstrationen aufzurufen, hatte einen etwas bitteren Beigeschmack. Denn diese Absicht kann nicht ganz aus dem Zusammenhang damit gesehen werden, daß seit der Ablösung von Karin Roth aus dem Vorstand dem Frauentag vor Ort wieder weniger Bedeutung zugemessen wird, und auf der Konferenz ganz offensichtlich die Absicht bestand, den Frauentag gegen die „Aktion Muttertag" auszuspielen.

Nun, diese Absicht ging daneben, mehrere Delegierte riefen dazu auf, nicht den gleichen Fehler wie bei der Friedensbewegung zu machen, der Antrag, „anknüpfend an die Aktivitäten Muttertag 1984 die Initaitive für weitere gemeinsame Aktionen zu ergreifen, solche Aktionen auf allen Ebenen der Organisation zu unterstützen und dadurch einen Beitrag zu einer breiten Thematisierung der politischen Problematik reaktionärer Frauen- und Familienideologien in der Gewerkschaftsarbeit und in der Öffentlichkeit zu leisten." wurde mit knapper Mehrheit angenommen, ebenso aber auch der Antrag zum Frauentag.

„Frauenförderungsprogramme"

Wegen der sehr langen Diskussion über den Geschäftsbericht und der Zwangspause in der Diskussion durch Mayrs Reden kam leider die Diskussion über die Beteiligung von Frauen in der Organisation selbst zu kurz. Nicht nur die Zahlen im Geschäftsbericht belegen, wie notwendig eine solche Diskussion gewesen wäre: In allen Gremien, in den Entscheidungen fallen, schwankt der Anteil der Frauen — mit einzelnen Ausnahmen — zwischen null und einigen Prozent, einen weiblichen Bezirksleiter gibt es gar nicht, es wird stolz vermeldet, daß es unter den 159 Bevollmächtigten jetzt sogar eine Frau gibt, im Bezirk Frankfurt sind von 176 Tarifkommissionsmitgliedern ganze 2,8 Prozent Frauen, und selbst in dem Entscheidungsorgan, das noch am „basisnächsten" ist, in den Vertreterversammlungen, beträgt der Frauenanteil ganze 9,2 Prozent. Zuständig für Frauenarbeit auf den verschiedensten Ebenen sind in der Mehrzahl ebenfalls Männer.

Wenn es auch bei den entsprechenden Anträgen nicht mehr zu einer Diskussion dieser Frage kommen konnte: Die ganze Konferenz war ein einziges Tribunal dagegen, daß die Frauen nicht nur in dieser Gesellschaft, sondern auch in dieser Gewerkschaft zu kurz kommen — bei den Löhnen, den Arbeitsbedingungen, bei der Eingruppierung, bei (mangelnden) Widerstand gegen frauenfeindliche Gesetze ...

Die Konferenz nahm ohne große Diskussion einen Kompromißantrag des Frauenausschusses beim Vorstand an, mit dem sich auch die „Quotierungsbefürworter" einverstanden erklärt hatten. In diesem Antrag werden Frauenförderprogramme für die IGM gefordert, in denen verbindliche Zielvorgaben für Frauenanteile in Gremien festgelegt, und die Kontrolle der Durchführung und Berichtspflicht festgelegt wird, auch „wenn zur Umsetzung eine Satzungsänderung notwendig sein wird." Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Mit einer Reihe von Gegenstimmen — aber auch ohne Diskussion — war zu Beginn schon ein Antrag für betriebliche Frauenförderprogramme angenommen worden.

An diesen beiden Anträgen und ihrer Behandlung durch die Konferenz kann man wohl ablesen, daß die Diskussion über und der Wille zu einer eigenständigen und — im guten Sinne — „einseitigen" Interessenvertretung der Frauen in der Breite noch insgesamt wenig entwickelt ist.

Die Aufbruchstimmung und der streitbare Geist der letzten Frauenkonferenzen war durch die Ablösung (um es vornehm auszudrücken) von Karin Roth und die entsprechend geänderte Politik der Frauenabteilung etwas gedämpft. (Über Karin Roths Tätigkeit wurde von den Delegierten immer wieder berichtet, während sie für den Geschäftsbericht offenbar zur Unperson geworden war — sie wurde nicht einmal erwähnt.)

Und dennoch: Sowenig Taktiererei, soviel Ehrlichkeit, Engagement, Begeisterung und Wut, Frechheit und Konsequenz auf einem Haufen, wie sie die Frauen auf dieser Konferenz wieder an den Tag gelegt haben, dürfte sicher nicht auf die Dauer nicht zu schlagen sein!

Bericht aus Lübeck

Widerstand gegen großen Zapfenstreich

Über die Jubelfeiern zum 30. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr ist ja schon viel berichtet worden. Eine der 700 Veranstaltungen, die zu diesem Militärspektakel in der ganzen Bundesrepublik stattfanden, war die öffentliche Vereidigung mit dem großen Zapfenstreich direkt in der Lübecker Innenstadt auf dem „altehrwürdigen" Marktplatz. Wurde zu anderen Anlässen die Verbundenheit der Stadt Lübeck mit ihren Soldaten sonst in den Kasernen beschworen, so sollte sich diesmal die Bundeswehr mitten in der Stadt präsentieren dürfen, wozu der Marktplatz zu militärischem Sperrgebiet erklärt wurde. Verhaltene Proteste der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft, vor allem aber natürlich Protest seitens der verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung konnten die Stadtoberen von ihren Plänen nicht abbringen.

So fanden am 13. November zwei Veranstaltungen in der Lübecker Innenstadt statt: der große Zapfenstreich und die Demonstration der Friedensbewegung. Dabei gelang es den geschätzten 800 - 1000 Demonstranten zwar nicht, das Militärspektakel zu verhindern, wie jedoch Teilnehmer des Zapfenstreiches berichteten, waren Musik und Reden auf dem Marktplatz aufgrund des ohrenbetäubenden Lärms der Demonstranten nicht zu hören.

Die Lübecker Presse schrieb am nächsten Tag: „Bürgermeister Knüppel fiel es auf dem im Anschluß an den von lautstarken Demonstrationen begleiteten Zapfenstreich stattfindenden Empfang schwer, in angemessenen Worten zu reden. Bei den Störern habe es sich um eine Minderheit gehandelt, die die Demokratie nicht verstanden habe." Soweit der Kommentar in den „Lübecker Nachrichten".

Beeindruckend war tatsächlich die für Lübecker Verhältnisse zu solchen Anslässen erfreuliche Zahl von Teilnehmern und die erhebliche Wirkung, die sie mit Stimmbändern und zahllosen Lärminstrumenten erzielten. Angesichts solch breiter Proteste gegen die Militärschauen entpuppt sich das Gerede von den „protestierenden Minderheiten" als kläglicher Versuch, zumindest die „schweigende Mehrheit" für sich zu reklamieren.



Protest gegen Bundeswehr-Spektakel in Lübeck

IGM-Frauen zum Thema Frieden

Im folgenden veröffentlichen wir den Wortlaut des Beschlusses, den die IGM-Frauenkonferenz in diesem Monat zum Thema Frieden verabschiedet hat. Er hätte Nachahmung verdient.

„Die Delegierten der 12. Frauenkonferenz der IG Metall bekräftigen die Forderung des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages des DGB nach Abzug aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittelstreckenraketen.

Das tödliche Pershing-II-Unglück in Heilbronn hat gezeigt, daß zur militärischen Gefahr die Gefahr durch die technische Unzuverlässigkeit solcher Waffen kommt. Dies ist ein zusätzlicher Grund für den sofortigen Abzug der stationierten Raketen.

Jede Militarisierung des Weltraums macht den Frieden nicht sicherer, sondern erhöht die Kriegsgefahr.

Die Delegierten der 12. Frauenkonferenz lehnen eine Beteiligung der Bundesregierung an jedem Weltraumrüstungsprogramm ab. Aktuell fordern sie die Bundesregierung zu einer eindeutigen Absage der Mitarbeit am SDI-Weltraumrüstungsprogramm der US-Regierung auf und verwahren sich gegen die falsche Behauptung, bei Nichtbeteiligung drohe der Bundesrepublik eine technologische Lücke.

Die Delegierten fordern alle Mitgieder und verantwortlichen Gremien der IG Metall und den DGB auf, den Kampf für den Frieden weiter zu verstärken.

Dazu gehört:

1. Aufbau und Unterstützung gewerkschaftlicher Friedensgruppen in den Betrieben und am Ort;
2. Verstärkung der Bemühungen, auf Betriebsversammlungen, in gewerkschaftlichen Veranstaltungen und in der Öffentlichkeit den Zusammenhang von Hochrüstung, Sozialabbau und Kriegsgefahr aufzuzeigen;
3. Initiierung einer breit angelegten Aktion „Stoppt den Rüstungshaushalt — Ausbau des Sozialstaats";
4. Verbindung des Kampfes für den Frieden, für Umweltschutz und menschenwürdige Arbeit mit der Erarbeitung von zivilen Alternativen zur Rüstungsproduktion und -forschung;
5. Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung und der Abbau noch bestehender Berührungsängste;

Die Delegierten fordern die IG Metall erneut auf, mit allen Kräften die weiterhin drohende Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr zu bekämpfen."

Antifaschistischer Volkstrauertag

Seit einigen Jahren findet in Gelsenkirchen am Volkstrauertag eine Auseinandersetzung statt, um zu verhindern, daß Neonazis und Revanchisten die Gelegenheit gegeben wird, bei der Kundgebung auf dem Hauptfriedhof Kränze für SS-Mörder usw. niederzulegen. Immer mehr wurde die traditionelle Trauerversammlung für die Kriegsopfer im allgemeinen zu einer antifaschistischen und Antikriegskundgebung.

Zum zweitem Mal bereits wurde in diesem Jahr die Veranstaltung auch offiziell nicht mehr von der Kriegsgräberfürsorge, sondern von einem antifaschistischen Bündnis getragen. Die Kundgebung hatte rund 800 Teilnehmer. Unter den Rednern war auch der Gelsenkirchner Schulleiter Funcke, der in den letzten Monaten das Opfer mehrerer neonazistischer Anschläge geworden war.



„Für ein Verbot aller neofaschistischen Organisationen" — Kundgebung zum Volkstrauertag in Gelsenkirchen

Meldungen

EG:

Vernichtungsaktion

In diesen Tagen liefert die Europäische Gemeinschaft mal wieder einen tollen Beweis ihrer „Nützlichkeit". Um die hohen Preise für die besonders in der Weihnachtszeit überall so beliebten Trockenfeigen hoch zu halten, werden noch vor den Festtagen 650 Tonnen dieser Früchte auf Kosten der Steuerzahler vernichtet. Wie die Bonner Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) am Wochenende mitteilte, soll diese Vernichtungsaktion nach dem ausdrücklichen Willen der EG-Landwirtschaftsminister das Angebot begrenzen und die Preise hochhalten.

Laut AGV werden die Feigen zu einem staatlichen Mindestpreis von 1,60 DM pro Kilo aufgekauft und für 13 Pfennig an Brennereien weitergegeben. Für die Differenz von 1,47 DM pro Kilo muß der Steuerzahler aufkommen. Der aus der Aktion gewonnene Feigenschnaps fließt in den mit riesigen Summen subventionierten EG-„Alkoholsee".

Ein Musterbeispiel europäischer Agrarpolitik: Der Steuerzahler wird geschröpft, damit eben er weiterhin hohe Preise für Lebensmittel zahlen muß, die es eigentlich im Überfluß und damit billig geben müßte.

Dänemark

Gegen neue Atomwaffen

Am vergangenen Donnerstag hat das dänische Parlament die Regierung aufgefordert, sich mit allen Mitteln gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in West- und Osteuropa zu wenden.

Der Antrag der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion wurde mit 69 gegen vier Stimmen angenommen. Die konservative Partei des Ministerpräsidenten Schlüter und der drei Parteien, die mit den Konservativen eine Regierung bilden, enthielten sich der Stimme.

Zur Situation in Südafrika

Vor einigen Wochen haben wir als Hintergrundinformation zur Lage in Südafrika einen Artikel über die rassistischen Paßgesetze abgedruckt. Aus der gleichen Arbeit, einer Materialsammlung der Genossen des BWK und der KPD aus Dortmund und der westdeutschen Vertreter der schwarzen Widerstandsbewegung Pan Africanist Congress of Azania (PAC) drucken wir im folgenden die Abschnitte über die Homelands, das Bildungswesen und die „Sabotagegesetze" ab.

„Die Homelands"

Durch die ungleiche Verteilung von Land zwischen Weißen und Afrikanern ist den Afrikanern die Möglichkeit wirtschaftlicher Unabhängigkeit genommen. Als erstes sei gesagt, daß ein Afrikaner nicht über Land und Vieh verfügen darf. Zusätzlich werden die Afrikaner in homelands gepfercht, in denen nur sehr karges Land zur Verfügung steht. In diesen Landstrichen gibt es keine Industrie, die einem einen Arbeitsplatz bieten könnte. Da man, wie bereits erwähnt, als Afrikaner verpflichtet ist, vom 16. Lebensjahr an gezwungen ist, Steuern zu zahlen, leben in diesen homelands nur alte Männer oder die Frauen, deren Ehemänner in den Silos der Minenwerke weit weg von den homelands arbeiten. Die afrikanischen Frauen, die in den homelands leben, bekommen ihren Mann nur einmal im Jahr für wenige Wochen zu Gesicht. Der einzige dauernde Kontakt zwischen den beiden ist das Geld, das der Ehemann monatlich an seine Frau und seine Kinder schickt. Viele Frauen sind daher gezwungen, sich eine zusätzlichen Verdienst neben dem kargen Geld des Ehemanns zu suchen. Sie sammeln z.B. Dünger, um ihn auf dem Markt zu verkaufen. In manchen Fällen müssen die Kinder die wenigen Schafe der Eltern hüten oder, wie es öfter vorkommt, Beschäftigungen nachgehen, um das Geld der Mutter zu erhöhen. Es gibt in diesen homelands keine Erdreichtümer. Sollten jedoch welche entdeckt werden, so wird das Gebiet zum weißen Territorium erklärt. Die darin lebenden Afrikaner bekommen dann eine kurze Frist, ihr Hab und Gut zu verpacken, um dann in ein anderes homeland zwangsumgesiedelt zu werden. Bestes Beispiel hierfür ist crossroads.



Das Bildungswesen

Ein Afrikaner brauche keine höhere Mathematik, wenn er sowieso als Diener arbeiten werde. Dies sagte der ehemalige Chefrassist John Baltasar Vorster zum Thema Bantu zufolge werden die Schulen der Afrikaner auf einen niedrigen Bildungsstand gesetzt, so daß es vielen afrikanischen Schülern schwerfällt, nach dem Besuch einer Schule an einer Universität Fuß zu fassen. Die Lehrer solcher Schulen sind meist zu unqualifizierte Kräfte, von denen einige zum Beispiel das Examen nicht bestanden haben. Andererseits können es aber nicht ausreichend ausgebildete Lehrer sein. Im Gegensatz zu den weißen Schülern wird den afrikanischen Schülern kein Schulgeld gezahlt.

Als die Regierung plante, in den Schulen nur in der Kolonialsprache zu unterrichten, weigerten sich die afrikanischen Schüler und riefen im Juni 1976 zu einer friedlichen Demonstration gegen das Vorhaben der Regierung auf. Die Antwort war eine über Wochen gehende bürgerkriegsähnliche Situation mit Verhaftungswellen und weit über zweihundert Toten auf Seiten der demonstrierenden Afrikaner. Die bei dem Aufstand verhafteten Schüler fielen unter eine andere Variante der Unterdrükkung durch die Justiz. Gemeint ist das detention act (Gefangenenhaltungsgesetz). Unter dieses Gesetz fällt auch das suppression of communist act (Unterdrückung des Kommunismus). Nach diesem Gesetz sind Kommunisten Afrikaner, die mit Nichtafrikanern über die soziale, wirtschaftliche oder politische Lage sprechen mit dem Ziel, einen oder alle dieser Punkte in irgendeiner Form zu verändern. Kann ein Afrikaner nicht nachweisen, daß er kein Kommunist ist, so kann ihm eine Haftstrafe bis zu 20 Jahren oder mehr, abhängig davon, wie sehr er hängt werden. Kann ihm nach dem Sabotage-Gesetz noch ein Akt der Sabotage zur Last gelegt werden, so kann es vom Ausmaß der Tat abhängen, ob der Angeklagte zum Tode verurteilt wird oder ob er gnädigerweise nur lebenslang auf der Gefangeneninsel Robben Island absitzen bzw. abarbeiten muß.

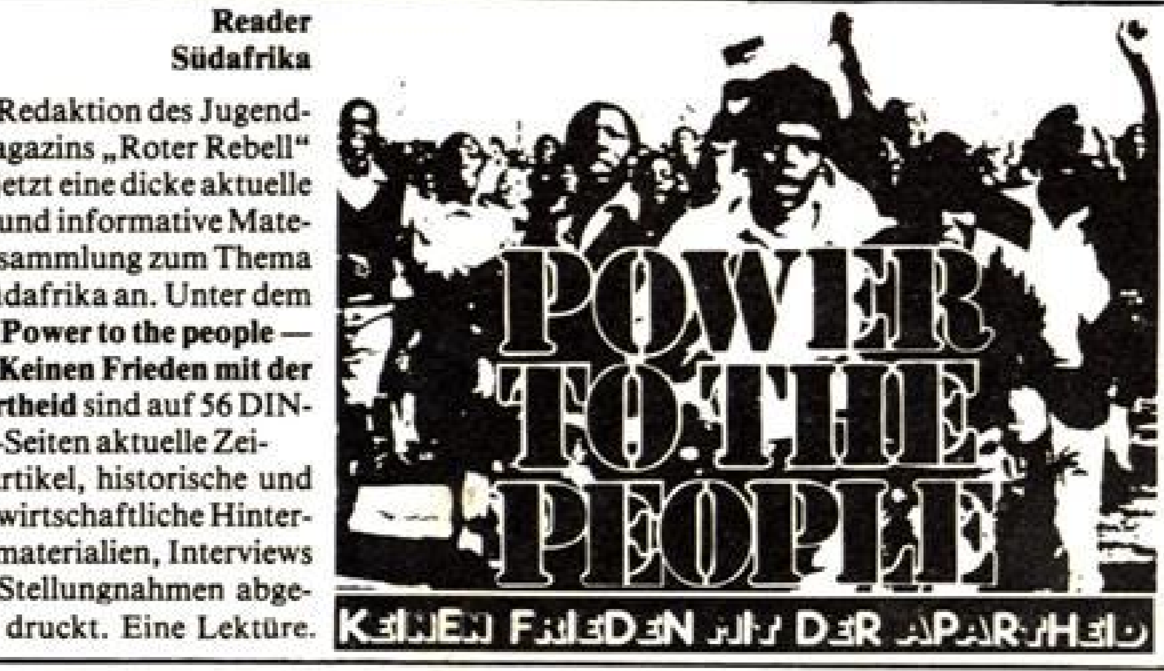
Die „Sabotage-Gesetze"

Die Regierung hat dafür ein interessantes Arsenal an Definitionen zum Thema Sabotage bereitgestellt. So kann es einem Afrikaner als Sabotage ausgelegt werden, wenn er sich auf einen Stuhl in einem öffentlichen Gebäude setzt und dieser unter seiner Last bricht. So etwas wird großzügiger Weise nur mit einer Haftstrafe von 180 Tagen belegt, die der wachhabende Polizist mit der Begründung auf nicht vollendete Beweisaufnahme nach Ablauf der 180 Tage um neue 180 Tage verlängern kann. Und das, so oft er möchte.

Bestes Beispiel für ein Opfer solcher Gesetze ist der verstorbene Gründungspräsident des Pan Africanist Congress of Azania (PAC), Mangaliso Robert Sobukwe. Als am 21.3.1959 die afrikanische Bevölkerung dem Aufruf des PAC folgte und ohne Pässe zu den Polizeirevieren marschierte, wurde der Gründungspräsident des PAC aus den Massen herausgegriffen und in Handschellen den Demonstrierenden vorgeführt mit der Aufforderung, nach hause zu gehen. Sobukwe sagte damals, daß es von heute an jedem Zweifler klar sein wird, daß das System mit friedlichen Mitteln nicht mehr zu verändern sein wird.

Reader Südafrika

Die Redaktion des Jugendmagazins „Roter Rebell" bietet jetzt eine dicke aktuelle und informative Materialsammlung zum Thema Südafrika an. Unter dem Titel **Power to the people — Keinen Frieden mit der Apartheid** sind auf 56 DIN-A4-Seiten aktuelle Zeitungsartikel, historische und wirtschaftliche Hintergrundmaterialien, Interviews und Stellungnahmen abgedruckt. Eine Lektüre.



die Pflicht sein muß für jeden, der voll dabei sein will, wenn es um die Kritik der Apartheidspolitik und ihrer westdeutschen Sympathisanten geht. Die Materialsammlung kann zum Aktions- und Solidaritätspreis von nur 5,— DM (plus 2,— DM für Porto, bitte den Betrag in Briefmarken der Bestellung beilegen) bestellt werden beim:

**RM-Verlag
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30**

Letzte Meldung

Am Sonntag fanden in Athen Demonstrationen anläßlich des zwölften Jahrestages der Besetzung der Technischen Hochschule statt. Die Besetzung war damals der Beginn einer machtvollen Protestbewegung gegen die Diktatur der griechischen Obristen. Bei den Demonstrationen am vergangenen Sonntag kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die einen 15jährigen erschoß.

Nach diesem Polizeimord an dem jungen Demonstranten Michalis Maltezis kam es bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe des RM in vielen Städten zu weiteren Demonstrationen. Regierungschef Papandreou lehnte ein Rücktrittsgesuch des für die Polizeiaktionen zuständigen Innenministers und seines Stellvertreters ab.

Generalstreik in Griechenland

Ein- bis eineinhalb Millionen Gewerkschafter haben in der vergangenen Woche gegen die Wirtschaftspolitik der PASOK-Regierung unter Andreas Papandreou gestreikt. Damit ist eine Kraftprobe zwischen der Regierung und dem Gewerkschaftsbund eindeutig von der Gewerkschaft gewonnen worden.

Der RM berichtete in der vergangenen Woche über die Auseinandersetzung zwischen der Regierungspartei PASOK und dem Gewerkschaftsverband GSEE (Allgemeiner Gewerkschaftsverband). Nachdem die PASOK-Mehrheit versucht hatte, Kritiker der Wirtschaftspolitik der Regierung auszuschalten, wurde innerhalb der Gewerkschaften der Spieß umgedreht und eine Mehrheit der Kritiker der Wirtschaftspolitik von Papandreou mobilisierte zu einem großen Streik.

Dieser Streik — zu Recht Generalstreik genannt — wurde breit befolgt. Der öffentliche Nahverkehr im Lande war weitgehend lahmgelegt, Eisenbahnen, Busse, die Athener Metro und Taxis lagen still. Die Fluggesellschaft Olympic Airways mußte ihren Betrieb einstellen, die Bediensteten von Banken, der Telegrafenämter und Elektrizitätswerke legten die Arbeit nieder. In Krankenhäusern gab es nur Notdienste, Ärzte und andere Krankenhausangestellte streikten, sogar die Apotheker öffneten ihre Läden nicht. In der Industrie waren es vor allem die Bau-, Textil- und Metallarbeiter, die den Streikaufruf befolgten. Insgesamt haben sich wahrscheinlich mehr als die Hälfte aller griechischen Arbeiter und Angestellten an den Streiks beteiligt.

Die forsch verkündeten strikten Sparmaßnahmen der PASOK-Regierung auf Kosten der breiten Masse der Werktätigen sind auf ersten entschlossenen Widerstand gestoßen. Ein Ende der Auseinandersetzungen ist nicht absehbar. Die PASOK wird nicht gegen die Masse ihrer eigenen Wähler diese Politik durchziehen können.

Schülerproteste in Italien

In der vergangenen Woche berichtete der RM über Schülerdemonstrationen in Italien. Insgesamt rund eine halbe Million Schüler hatten im ganzen Land für die Verbesserung der Situation an den Schulen demonstriert. Zum vergangenen Wochenende war nun zu einer zentralen Demonstration in Rom mobilisiert worden.

Nach Angaben der Veranstalter kamen bei schlechtem Wetter rund 150000 nach Rom (die Polizei sah nur 120000, das Schulministerium gar nur 100000). Aus allen Provinzen Italiens waren Züge und Busse mit Teilnehmern angekommen. Wie schon bei den erwähnten regionalen Protesten der vergangenen Wochen forderten die Demonstranten in Rom auch vor allem bessere Schulen, mehr Lehrer, kleinere Klassen. Konkreter Widerstand wurde gegen Pläne angekündigt, die Schüler, bzw. deren Eltern mehr an den finanziellen Lasten des Bildungssystems zu beteiligen. Nach neuesten Regierungsplänen muß ein Schüler an den Mittelschulen jährlich zwischen 120 bis 150 DM für Bücher und Unterrichtsmaterialien als „Selbstbeteiligung" aufbringen, beim Studium an einer Hochschule kann diese Summe leicht mehr als umgerechnet 1000 DM betragen.

Die neue Schülerbewegung in Italien — von der die politischen Parteien und die Regierung offenbar sehr überrascht sind — hat für die Demonstration in Rom festgelegt, daß keinerlei Parteiembleme, wie z.B. Fahnen oder Gewerkschaftsplakate mitgeführt werden sollten.

Zwar haben Parteiführer sämtlicher Couleur und Gewerkschaftsführer sich demonstrativ vor die demonstrierenden Schüler gestellt — führenden Einfluß haben sie jedoch alle nicht auf diese Bewegung. Die Beschränkung auf materielle Forderungen — im Gegensatz zu früher verbreiteten Forderungen nach neuen fortschrittlichen Lehrinhalten deutet auf eine Bewegung hin, die aus Sorge um ihre Zukunftschancen versucht, die Konkurrenzfähigkeit der Schulabgänger von Mittelschulen und Gymnasien beim Kampf um Arbeitsplätze zu erhöhen.

Victoria Waltz und Cornelia Suhan aus Dortmund von der AG Palästina haben die West Bank und den Gazah-Streifen, die von Israel besetzten palästinensischen Gebiete am Jordan besucht. Ihr Bericht (Victoria Waltz Text, Cornelia Suhan Fotos) ist ein informatives und erschütterndes Dokument der aktuellen israelisch-zionistischen Annexionspolitik. Den Bericht, der auszugsweise auch schon im Palästina-Bulletin der Informationsstelle Palästina in Bonn und im „Buntspecht", der Zeitung der Dortmunder Grünen abgedruckt war, mußten wir leider auch um Gespräche mit den Angehörigen Verhafteter aus Platzgründen etwas kürzen. Am Schluß des Artikels befindet sich noch ein Protestbrief an die israelische Botschaft in Bonn. Wir hoffen, daß viele RM-Leser ihn unterstützen und absenden.

Verhaftungswelle in Beit Sahour / West Bank

Seit den letzten vier Wochen werden die Nächte in Beit Sahour, einer Kleinstadt im Süden Jerusalems mit etwa 10000 Einwohnern, zu Schreckensnächten. Das israelische Militär verhaftet, willkürlich und stets nach Einbruch der Dunkelheit, die Söhne und Ehemänner der dort lebenden palästinensischen Familien.

Ende Juli haben die israelischen Militärbehörden den Bewohnern von Beit Sahour ein Verbot auferlegt, das Land zu verlassen; wie es zur Zeit auch für den Bezirk Nablus gilt.

Seitdem rollt die Verhaftungswelle.

Die nächtlichen Verhaftungen laufen alle im gleichen Stil ab. Herannahende Motorengeräusche — mindestens drei LKWs, voll mit bis an die Zähne bewaffneten Soldaten — Umstellen der Häuser — grelle Scheinwerfer — lautes Klopfen an der betreffenden Haustür.

Dann geht alles sehr schnell. Es wird gesagt, wer mitgenommen wird. Ohne Grund und ohne Haftbefehl. Sich zu wehren ist unmöglich. Unter den Verhafteten befinden sich Kinder von 14/15 Jahren, insgesamt sind es durchweg junge Menschen.

Ein System hinter diesen Verhaftungen ist kaum zu erkennen. Warum und wieso diese Palästinenser verhaftet werden, ist schwer zu erfahren, denn den Angehörigen wird nichts bekanntgegeben.

Die Militärverwaltung behauptet, die Verhafteten seien Mitglieder der „Volksfront zur Befreiung Palästinas" (PFLP) und hätten Anschläge auf israelische Militärfahrzeuge verübt — mit Steinen und Molotowcocktails.

Die Familien bestreiten dies. Einige unter ihnen, längst nicht alle, sind in den palästinensischen demokratischen Organisationen aktiv; z.B. in Jugendclubs, Frauenkomitees oder in der Arbeiterunion, sind Gewerkschafter oder Studentenvertreter. Auf jeden Fall: Sie sind Palästinenser und bekennen sich dazu. Genau das ist es, was sie ständig in Gefahr bringt, verhaftet zu werden.

Inzwischen haben die Anwälte der Familien die Punkte der Anklage erfahren

- das Lesen von, durch die israelischen Militärbehörden, verbotenen Bücher (Bücher aus dem Geschichts- oder Geographiebereich, die den Namen Palästinas erwähnen)
- der Verdacht, Molotowcocktails gebastelt oder geworfen zu haben,
- die Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation, wie z.B. der PFLP oder zu einer anderen Organisation in der PLO,
- das Treffen in dem örtlichen „orthodoxen Jugendclub" (in Beit Sahour leben vorwiegend christliche Palästinenser).

Unter den Verhafteten sind auch drei, gegen die keine Anklage erhoben wurde und die bei der Verhaftung mitgeteilt bekamen, daß sie unter die Militärverordnung Nr. 378/78 fallen würden.

Das bedeutet Militärgefängnis



für mindestens sechs Monate — ohne Begründung, ohne Urteil, ohne Kontakt nach draußen und mit der gleichfalls unbegründeten Möglichkeit einer weiteren sechsmonatigen Verlängerung. Diese Art der Verhaftung wird vorwiegend für diejenigen angewandt, denen man aktive Tätigkeit in der PLO vorwirft, denn es ist verboten, der einzigen und von der UNO anerkannten legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes anzugehören oder für die PLO zu arbeiten. Es sind mittlerweile dreißig Personen, die in den letzten Tagen in den besetzten Gebieten nach dieser Verordnung verhaftet wurden, und es scheinen täglich mehr zu werden. Nach der neuesten propagierten Politik der „Eisernen Faust", wie es die israelische Regierung nennt.

Als Reaktion auf die Verhaftungen und den Terror der vergangenen Wochen haben die Frauen der betroffenen Familien einen Sitzstreik in der Kirche von Beit Sahour durchgeführt.

Fünf Tage lang haben sie gefastet und gebetet, um einerseits zu ihren Kindern vorgelassen zu werden und andererseits für die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber den Gefangenen zu demonstrieren.

Am Donnerstag, den 27. August, beendeten die Frauen den Streik, da sie bis auf drei Familien die Genehmigung bekommen hatten, ihre Angehörigen zu besuchen. Sie erhielten einen Zettel mit dem Namen ihres Kindes oder ihres Mannes und die Zeit: 28. August/ 14 - 16.00 Uhr.

Sonst nichts und auf hebräisch, so daß die Frauen gezwungen waren, einen Dolmetscher zu fragen. Sieben Minuten für jeden im Jerusalemer Polizeigefängnis, der sogenannten Mosqoubiye.

Keine Besuchsgenehmigung bekommen zu haben, bedeutet vielleicht, daß die Verhafteten geschlagen worden sind. Das heißt, weiteres Bangen und weitere Angst.

Am Besuchstag sammeln sich die betroffenen Familien vor dem Gefängnis und — warten. Sie haben Taschen voll Lebensmittel und Kleidung mitgebracht. Trotz Besuchsgenehmigung ist es nicht garantiert, ob die Familien ihre Verwandten wirklich sehen können und wann es losgeht.

Plötzlich verwandelt sich die Szene, der geduldigen Ruhe weicht Hektik und Aufregung. Ein kleiner, untersetzter israelischer Polizeioffizier kommt aus dem Haupteingang auf die Menge zu. Seine Gesten sind abfällig, sein Gehabe arrogant. Einige Zettel in der Hand haltend, ruft er die Namen der ersten drei Familie, die Einlaß bekommen sollen.

„Bas arba!" schreit er immer wieder: „nur vier!" sollen jeweils mitgehen dürfen. Eine Mutter ruft den Namen ihres Jüngsten — kann sie ihn sehen? Der Offizier schreit sie an: „Heute nicht, die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen!" Die arme Frau sinkt schluchzend zusammen — sie hatte doch auch für ihren Jüngsten eine Besuchserlaubnis!

Das Warten geht weiter und das Einlaßritual wiederholt und wiederholt sich, bis 16.00 Uhr, dann ist alles vorbei.

Jedes Mal, sobald eine Familie zurückkehrt, sammeln sich die Wartenden um sie. „Welche Nachrichten gibt es? Hat er meinen Sohn gesehen? Ist Sadi gesund?"

Und die verhafteten Kinder haben wirklich alles, was sie in Erfahrung gebracht hatten, weitergegeben. „Jousef, der Herzkranke, hat endlich Medikamente gekriegt. Ismail, dessen Hand gebrochen war, und den die Soldaten unter der Androhung, seinen kleineren Bruder zu inhaftieren, für die Verhaftung aus dem Hospital holen mußten, liegt jetzt im Militärkrankenhaus. Der ist mit dem in einer Zelle, jenem geht es, den Umständen entsprechend, gut."

Befreites Aufatmen, vielfach Lächeln, man ist froh, die inhaftierten Brüder, Söhne, Verlobten und Ehemänner lebend wiedergesehen zu haben. Bei der Hälfte der anwesenden Familien haben die Militärbehörden zwei Angehörige verhaftet und nach der Menge der Menschen am Eingang für minderjährige Gefangene zu urteilen, müssen diese mehr als ein Drittel ausmachen.

Wir fragen uns, wie es überhaupt zu ertragen ist, wie man noch geduldig sein kann unter diesen Umständen. Diejenigen, die wir fragen, geben als Antwort: „Wir sind Palästinenser. Es ist unser Verbrechen, wir bleiben auf Wanderschaft. Jeder muß hier bereit sein, täglich sein Päckchen zu schnüren. Die Zionisten haben uns '48 aus unseren Dörfern vertrieben. Sie haben uns '67 erneut vertrieben und unser Land besetzt, sie lassen uns keine Ruhe. Jetzt wandern wir von Gefängnis zu Gefängnis. Vertriebene zu sein, das ist bisher unser Schicksal gewesen. Aber eines Tages werden wir frei sein und unseren Staat und unsere Regierung haben. Ein ganzes Volk kann nicht vernichtet werden, wir sind da und wir werden bleiben."

Was in Beit Sahour in den vergangenen Tagen und Wochen geschah, ist nicht die Ausnahme und keine besondere Maßnahme. Der Terror der Israelis in den besetzten Gebieten ist alltäglich und er ist willkürlich. Er soll Schrecken verbreiten, die Angst schüren, die Menschen erniedrigen und sie entmutigen. Dieses Mal war es Beit Sahour, davor Hebron, morgen vielleich in Beit Hanina oder in Gaza.

Simultan zu den Verhaftungen in Beit Sahour herrschte in den Städten Jenin und Tulkarem Ausgangssperre, weil zwei israelische Besatzer, ein Geheimdienstmann und ein Arbeitshändler, getötet worden waren. Und in Qalqiya und in Khan Yunis wurde gleichfalls die Ausgangssperre verhängt, obwohl dort israelische Soldaten getötet hatten, ein 16jähriges Mädchen und einen jungen Palästinenser. Gleichzeitig wurden drei bekannte Palästinenser gegen ihren Willen deportiert, das bedeutet die Trennung von der Familie und keine Erlaubnis, zurückzukehren.

Warum schreiben wir dies, was interessiert uns das überhaupt — wir sagen ja selbst, der Terror ist alltäglich, den gibt es schließlich in der ganzen Welt, dort, wo die Unterdrückung herrscht.

Nein, Israel versucht gerade bei uns, den Schein von Gerechtigkeit und der Notwendigkeit seiner Politik zu verbreiten. Aber der israelische Staat besetzt diese Gebiete seit 1967 illegal, UN und EG fordern den Abzug Israels und erkennen die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes an. Israel verletzt beständig internationales Recht, indem es beispielsweise in den 67er Gebieten Siedlungen, Straßen, Parks und alle möglichen Einrichtungen baut oder bauen läßt. Mit solchen „Fakten", die durch eine unrechtmäßige Enteignung des palästinensischen Bodens in der Höhe von 50 Prozent erzwungen werden, will der Staat Israel sich selbst eine Begründung für die etwaige Annexion der Gebiete schaffen.

Und dieses Unrecht gegenüber den Palästinensern in der West Bank sowie im Gaza Streifen betrifft uns, denn die Ereignisse in Deutschland haben zu der heutigen Situation mit beigetragen. Zwar plante die Zionistische Bewegung die koloniale Eroberung Palästinas bereits seit ihrem ersten internationalen Kongreß 1897 in Basel und kalkulierte dabei Terror und Krieg gegenüber der einheimischen Bevölkerung ein.

Aber der Terror des deutschen Faschismus in Europa erlaubte der Zionistischen Bewegung, die volle Sympathie der Mehrheit der in der UN vertretenen Staaten für die Bildung eines israelischen Staates zu erhalten.

Obwohl bekannt war, daß dieses Unternehmen von Anfang an gegen die Mandatsbestimmungen und damit gegen die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes gerichtet war und gerichtet bleiben würde. Das sollte gerade auch bei uns klar werden. Es wird im Nahen Osten solange keinen Frieden geben können, wie die Rechte der Palästinenser nicht verwirklicht worden sind. Wer den Frieden in der Welt will, der muß sich auch für diese Rechte einsetzen: das Recht auf die Bildung eines unabhängigen demokratischen palästinensischen Staates.

Interviews mit betroffenen Familien in Beit Sahour

1. Familie Qumsiye Verhaftete: Hisham, 14 Jahre Muhanad, 21 Jahre

Der Vater berichtet:
„Vor fünf Tagen wurde Hisham, der Kleinere, verhaftet. Die Familie schlief. Um ca. 1.00 Uhr nachts kamen die Militärs — ohne Vorwarnung, wie es eigentlich notwendig ist. Sie kamen mit drei Bussen und umstellten das Haus von allen Seiten, sie kamen über das Dach und besetzten Türen und Fenster. Dann stürmten einige von ihnen das Haus, vorher klopften sie mit dem Gewehrkolben an die Tür, daß es wie ein Bombenschlag klang. Wir wachten auf, die Kinder begannen zu schreien, dann auch die Frauen. Ich habe aufgemacht.

50 Soldaten stürmten, wie bereits gesagt, in unser Haus, bewaffnet, verlangten nach dem Kleinen und holten ihn schließlich aus seinem Bett. Sie fragten Hisham nach seinem Paß — obwohl doch jeder weiß, daß er gar keine Paß hat, dafür ist er noch zu jung. Mein Sohn hat etwas trotzig geantwortet, da haben sie ihn geschlagen. Die Tochter hat darauf irgendeine wütende Beschimpfung gerufen — sie ist siebzehn — und dann sollte ich meinen Paß abgeben und die Soldaten haben mich aufgefordert, am nächsten Morgen mit meiner Tochter zum Militärhauptquartier zu kommen.

Ich bin am folgenden Tag gegangen, sie hatten ja meinen Paß. Aber ohne die Tochter, und da haben mich die Soldaten zurückgeschickt, um meine Tochter zu holen. Ich habe mich an unseren Bürgermeister gewendet, der hat mit den Militärs geredet und sie beschwichtigt.

Die Tochter hätte im Affekt reagiert und sei nicht ganz bei Sinnen gewesen. Das hat geholfen, ich bekam meine Papiere wieder und brauchte meine Tochter nicht mehr zur Kommandantur bringen.

Als die Soldaten in der Nacht der Verhaftung hier waren, verlangte der Chef ein Handtuch. Meine Frau sagte, sie hätte keins. Da hat er einfach eins von der Wand gerissen — und unserem Jungen damit die Augen verbunden.

Die Militäs hatten keinen Haftbefehl und keine Papiere bei sich, sie haben weder ihre Ausweise gezeigt noch ihre Namen genannt. Normalerweise müßten sie den Bürgermeister informieren und mitbringen. Unser Söhn wurde einfach so verhaftet, in ein Auto geschleppt! Ohne zu sagen, warum und, vor allem, wohin er gebracht wird. Bis gestern wußten wir nicht, wo Hisham war, haben wir von der Militärverwaltung ein Papier erhalten, worauf Hishams Name stand und ein Datum mit Uhrzeit und der Name des Gefängnisses in Jerusalem angegeben waren. Dort können wir ihn besuchen.

Der große, Muhanad, 21 Jahre, ist vor zwölf Tagen verhaftet worden. Auch ihn können wir morgen in der Mosqobiye besuchen, für ihn haben wir einen ähnlichen Wisch erhalten. Die Zettel sind grundsätzlich hebräisch geschrieben und müssen erst übersetzt werden.

Als der Große verhaftet wurde, war ich gar nicht da. Als ich gegen Mitternacht zurückkam, sah ich noch, wie die Soldaten meinen Sohn zu dritt in einen Jeep zogen und auf ihn eintraten.

Die Frauen saßen vor dem Haus, weil es sehr warm war und erzählten, sie hätten auf einen der Nachbarn gewartet, um noch einen Besuch zu machen. Plötzlich hätte es Soldaten geregnet. Der jüngere Sohn schlief bereits, wurde wach und sah, wei in seinem kleinen Zimmer Soldaten über und neben ihm Standen, wieder an die 50, und hat laut geschrien. Die Tochter wollte noch schnell durch den Garten zur Tante laufen, um Bescheid zu sagen — aber die Soldaten erwischten sie und zerrten sie an ihren Haaren ins Haus zurück. Gründe?

Wissen Sie, die Kinder lesen manchmal von der israelischen Besatzungsmacht verbotene Bücher, zum Beispiel über die Geschichte Palästinas oder von unseren Dichtern. Die Kleinen sind Mitglieder im Orthodoxen Club von Beit Sahour; es werden Feste organisiert oder Sportveranstaltungen. Es gibt hier ja sonst kaum Abwechslung. Wir haben kein Theater, keine Bibliothek, im Club gibt es das alles.

Deshalb bekommt der Club immer wieder Vorwürfe von seiten der Militärverwaltung zu hören, es würden unerlaubte Aktivitäten laufen. Die Militärs sind einmal in eine Frauenversammlung gegangen und haben die Frauen mit Stöcken geschlagen, stellen Sie sich das vor. Wir haben jetzt einen Rechtsanwalt genommen, mehrere Familien zusammen. Das Verrückte ist, er muß entweder ein Israeli sein oder aus dem '48er Gebiet stammen, es wird ja alles vor einem Militärgericht verhandelt und hebräisch gesprochen!

Muhand hat auf dem Polytechnikum in Hebron E-Technik studiert, er wäre jetzt fertig, wenn er nicht ein Jahr verlieren wird durch die Verhaftung. Hisham kommt in die 10. Klasse, vielleicht passiert ihm dasselbe.

Es gibt ja noch mehrere 14jährige unter den Verhafteten! Der Freund von Hisham, zum Beispiel. Als die Soldaten kamen, hat er gerufen: „Was, die kommen alle meinetwegen?"

Und weil er bald zur Realschule gehen sollte, hat er noch schnell gesagt: „Mutter, vergiß nicht, mich in der Realschule anzumelden." Ich habe auch zu den Soldaten gesagt: „Mensch, ich habe noch einen Sohn, er ist sieben, wollt ihr den auch?" Die Familie lacht.



Mütter und Ehefrauen von Verhafteten in Beit Sahour. Mit einem fünftägigen Hungerstreik potestierten sie gegen die willkürlichen Verhaftungen und forderten Auskunft, wo sich die verhafteten Angehörigen befinden und verlangten Besuchsgenehmigungen.

2. Familie Shoumari Verhafteter: Jousef, 25 Jahre

Die Schwester berichtet:
„Jousef wurde schon mehrmals verhaftet, drei Monate, ein paar Tage. Das letzte Mal haben sie ihn gesundheitlich völlig ruiniert. Seitdem hat er Herzanfälle, es ist eine Art Herzklappenfehler. Oftmal mußte Jousef von der Ambulanz ins Krankenhaus gefahren werden, er braucht ständig Medikamente.

Wir wissen nichts über ihn, er wurde am Montag, dem ersten Festtag, verhaftet. Jousef hatte eine Vorladung erhalten, er mußte in die Militärverwaltung nach Bethlehem kommen. Er ist mit seinen Medikamenten, vorsichtshalber, dorthin gegangen, der Bruder hat ihn begleitet."

Der Bruder ist inzwischen auch gekommen und erzählt weiter: „Die Soldaten haben mich mitsamt den Medikamenten weggeschickt. Jousef mußte ja gehen, denn die Militärs hatten gedroht, wenn er nicht käme, würden sie ihn und die ganze Familie holen. Seit drei Jahren ist es hier relativ ruhig gewesen, kaum Demonstrationen und nun das.

Wie soll Jousef es überhaupt überstehen, ohne Medikamente? Die Soldaten wissen genau, daß er sie benötigt; sie wissen, wie krank er ist. Trotzdem haben sie meinen Bruder verhört und gefoltert.

Einmal haben die Militärs uns alle mitgenommen, auch die alte Großmutter und unseren geistesgestörten Bruder. Er wurde derartig geschlagen, daß er seitdem schlecht hört.

1979 war eine Demonstration, zusammen mit 200 anderen Studenten wurde Jousef anschließend zur Militärverwaltung vorgeladen und Soldaten gegenübergestellt. Die Soldaten beschuldigten Jousef, obwohl er ihnen gesagt hatte, daß er sich gar nicht in Bethlehem aufgehalten hätte, sondern in Beit Sahour. Dennoch wurde er verhaftet.

Wir haben kein Geld für einen Anwalt, wir wissen nicht, was wir tun sollen — auch unser Bürgermeister weiß keinen Rat. Unsere Familie ist arm, wir haben diese zwei Zimmer gemietet. Da wohnen wir, meine Mutter, meine drei Brüder und die Schwägerin. Wir sind Flüchtlinge von 1948, aus der Gegend von Ramla. Ich bin der einzige, der die Familie noch ernähren kann."

Jousefs Schwester: „Voriges Jahr wurde in dieser Gegend ein Molotowanschlag auf einen Militär verübt, der Jeep verbrannte. Wir wurden alle verhaftet. Ich sollte gegen meinen Bruder aussagen, die Soldaten drohten mir, daß, wenn ich nicht sage, wer ihn besucht, was er so macht und was er redet, ich Elektroschocks zu spüren bekomme und eine Spritze verpaßt kriege, die mich so verrückt machen würde wie mein Bruder ist. Dabei war Jousef zu dem betreffenden Zeitpunkt dreißig Tage im Hospital, und die Militärs wußten das.

Einer der Soldaten hat mir Geld angeboten, wenn ich etwas über den Anschlag sagen würe. Nach diesen Verhören war Jousef erst richtig krank, wir warten auf einen Termin, damit er gründlich untersucht wird. Jousef war früher, bevor er erkrankte, aktiver Sportler. Sehen Sie den Pokal, den hat er beim Tischtennis gewonnen. Aber seit er krank ist, ist er nicht mehr zum Club gegangen."

3. Familie Abu Farhia Verhafteter: Ramon, 26 Jahre

Wir sind bei den Nachbarn, bei ihnen sind die Soldaten wie wild herumgelaufen und haben alles durchsucht, kaputtgemacht und unsinniges Zeug veranstaltet. Die Frau berichtet, gefaßt. Die Familie ist vollzählig versammelt, um die Frau so gut wie möglich zu unterstützen. „Mein Mann Ramon wurde ohne Grund verhaftet. Die Soldaten umstellten das Haus und haben alles durchsucht. Ohne ein Wort zu verlieren, was sie überhaupt suchten. Ich wollte in mein Zimmer und mich anziehen — zu dritt kamen sie sofort hinter mir her, rissen die Betten weg, zerfetzten das Diplom meines Mannes, warfen die Sachen durcheinander. Mein Mann wurde bereits viermal verhaftet, manchmal sogar von der Arbeit weg, immer so für achtzehn Tage. Ramon ist aktiver Gewerkschafter in der Oliven-Holz-Arbeiter-Vereinigung, ich habe den Eindruck, daß alle irgendwie Aktiven festgenommen werden sollten — um **alle** einzuschüchtern."

Die Frau ist die Schwester des 23jährigen Bassam Rishmawi, der 1981 auf mysteriöse Weise verwand. Nachdem er seine Verlobte besucht hatte, wurde er einige Tage später bei Jerusalem mit starken Verletzungen tot aufgefunden. Bassam ist offenbar von den Israelis ermordet worden; der Fall wurde offiziell aber nie aufgedeckt und von den Militärs vertuscht.

Seitdem hat die gesamte Familie Probleme.

4. Familie Qumsiye Verhafteter: Jereis, 35 Jahre

(zufällig Namensgleichheit)

Seine Schwester, die extra aus Amman angereist ist, berichtet verzweifelt.

„Sie haben ihn verhaftet, obwohl er die einzige Stütze der Familie ist. Jereis hat überhaupt nichts getan, er arbeitet von früh um 4.00 bis abends um 10.00 Uhr. Tagtäglich fährt er nach Israel für seinen Fliesenlegerjob, er hat gar nicht die Zeit, um irgendetwas zu machen. Und was wird ihm vorgeworfen?

Er hätte sich mal vor 1980 in das Kirchenbuch eingetragen, daher hätten sie seinen Namen. Lächerlich!

Sie ruinieren die ganze Familie, schauen Sie sich unseren Vater an! Er ist 81, zwei Brüder sind Krüppel. Ene Schwester und ein 13jähriges Kind — alle werden von Jereis ernährt. Wie sollen wir denn weiterleben — wenn er nicht da ist?"

„Sie" wissen das genau!

Wir hören noch:
einem Sohn war gerade der Vater gestorben, sein Leichnam war noch im Haus — aber **„sie"** haben den Sohn trotzdem mitgenommen, so daß er nicht einmal mehr zur Beerdigung gehen konnte.

An die
Botschaft des Staates Israel
Simrockallee 2
5300 Bonn 2

Sehr geehrter Herr

Am 26.10.85 beschloß die israelische Besatzungsmacht die Deportation mehrerer Palästinenser, darunter Dr. Azmy Al-Shueibi, Mitglied des Stadtrates von El-Bireh (West-Bank) und Ali Abu Hellal, Mitglied des Exekutivkomitees des Arbeitergewerkschaftsbundes in der West Bank und im Gaza-Streifen.

Zwei Tage zuvor verhaftete die israelische Besatzungsmacht Hunderte von Palästinensern in der West Bank und im Gaza-Streifen, darunter bekannte Gewerkschafter wie Majed El-Labbadi, Mohammed El-Labbadi und Adel Salah, den Schriftsteller Dr. Sami Al-Kilani, sowie zwei Studenten von Al-Najah-Universität in Nablus.

Wir protestieren gegen diese Deportationsbeschlüsse und die Verhaftungswelle und fordern Sie auf, diese Maßnahmen rückgängig zu machen.

Hochachtungsvoll

Name Adresse Unterschrift

Der KB ("Arbeiterkampf") entbietet dem erfolgreichen Parteitag der KPD flammende Kampfesgrüße

Unter dieser — von „Arbeiterkampf"-Ironie geprägten — Überschrift verbreitete der KB auf dem Sonderparteitag der KPD eine Stellungnahme, wie es das ZK bei seiner Einladung an verschiedene Organisationen als eine Möglichkeit genannt hatte. (Deshalb gab es noch eine Stellungnahme der Gruppe "Arbeiterpolitik", die den Delegierten vorlag, die wir demnächst, ebenfalls kommentiert, im RM abdrucken werden).

Liebe Genossinnen und Genossen der KPD,

Dies hier schien euer letzter richtiger Parteitag werden zu sollen. Wir, die wir die Dinge nur durch den schmalen Sehschlitz eurer etwas befremdlichen Öffentlichkeitsarbeit beobachten konnten, waren bis vor kurzem felsenfest davon überzeugt, daß ihr an diesem Wochenende ohne nennenswerten Widerspruch über die Verschmelzung eurer Organisation mit der trotzkistischen GIM beschließen würdet. Nach der neuesten Verlautbarung eures Vorsitzenden sind wir da nun nicht mehr ganz so sicher. Euer Genosse Koch hat nämlich im „Roten Morgen" vom 18. Oktober geschrieben: **„Ob eine solche Vereinigung schon in absehbarer Zeit möglich ist, ist ungewiß. Sicher aber ist: wenn sie scheitert, wird es an dem politischen Unverständnis der Beteiligten liegen und nicht daran, daß das Ziel falsch ist."** Es bestehen also Befürchtungen, und es sind vorbeugend auch schon die Schuldigen nominiert worden: „die Beteiligten". Aus dem Geraune schwer belehrbarer Heimlichtuer in eindeutige Umgangssprache übersetzt, könnte das vielleicht heißen: *euer* „Unverständnis", das Veto dieses Parteitags wird befürchtet. Oder sollte es Probleme geben, die von der GIM ausgehen? Warum sind sie dann nicht benannt worden? So oder so hat sich euer Genosse Koch mit seinem Urteil bereits zum Sprachrohr der Geschichte gemacht: „Das Ziel, die Vereinigung mit der GIM und womöglich nicht nur mit der, ist richtig". — Aber, so unser Einwand, auf welcher Basis traut man sich so ein Urteil zu? Was richtig oder falsch ist, kann sich überhaupt nur in der Praxis erweisen. Ihr mögt es für Haarspalterei halten, aber für uns zeigt sich da wieder etwas von jener penetranten Selbstsicherheit, mit der ihr immer zu sagen wußtet, was die einzig wahre „korrekte Linie" ist. Was immer ihr beschließt: es wird ein Experiment sein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Es war ein weiter, gewundener und oft beschwerlicher Weg, den eure Partei zurückgelegt hat, bis sie an diesen Wendepunkt ihrer Existenz gekommen ist. Wir wissen nicht, wieviele von euch hier Anwesenden den vollen Weg gegangen sind, und wieviele erst später hinzugekommen sind. Die Tatsache, daß ihr als sozialistische Organisation noch zusammen seid und nicht den breiten Strom der Abschwörer, Umgefallenen, Reumütigen und Angepaßten nährt, schafft ein Band des Respekts und der Sympathie zwischen uns wenig Übriggebliebenen des großen Aufbruchs von 1967/68.

Die Frage ist aber, ob dieses familiäre Gemeinschaftsgefühl tragfähig für die Konstituierung *einer* gemeinsamen politisch-ideologischen Strömung ist, wie Horst-Dieter Koch in dem schon zitierten Artikel behauptet.

Wir meinen: Die radikale Linke wird erst noch lernen müssen, zwischen den irren Massakern der alten „Linienkämpfe" einerseits und einer gedankenlosen Einheitsmacherei andererseits einen vernünftigen Weg zu finden. Die Art, wie bisher eure Annäherung mit der GIM gelaufen ist, nämlich unter einer rational nicht begründbaren Heimlichtuerei und ohne linksöffentlichen Vortrag und Austrag der Differenzen, scheint uns ein negatives Beispiel zu sein. Man sollte nicht jede Besonderheit der alten revolutionären Sozialisten Rußlands nachahmen, zumal manches davon aus den Bedingungen eines ökonomisch und sozial rückständigen, diktatorisch regierten Landes resultierte. Aber unbedingt sollte sich unserer Ansicht nach die radikale Linke in Beispiel daran nehmen, unter widrigsten Bedingungen eine politische Debatte zu organisieren, bei der Verbindendes und Trennendes ohne taktische Zurückhaltung vor der gesamten sozialistischen Öffentlichkeit ausführlich, detailliert und präzise erörtert wurde.

Euer Vorsitzender hat im „Roten Morgen" vom 18. Oktober, und damit unseres Wissens erstmals in der Öffentlichkeit, damit begonnen, eure Wandlung vom rabiaten Anti-Trotzkismus zur gegenwärtigen Annäherung an die GIM zu problematisieren. Dieser Ansatz ist ehrenwert, zumal der Genosse Koch sich dort als Autor eines ganz besonders scheußlichen „Hau druff!"-Artikels aus dem Jahre 1975 bekennt. Wir meinen aber, daß diese kritische Aufarbeitung eurer eigenen Geschichte erstens viel zu spät angepackt worden ist, und zweitens bei dem Einzelproblem eurer Beziehungen zum Trotzkismus nicht stehen bleiben sollte. Unsere These ist ja bekanntermaßen, daß eure Partei entscheidend dazu beigetragen hat, nicht nur den beiden Buchstaben „ML" die Funktion einer Narrenschelle zu geben, sondern, weitaus schlimmer, den Marxismus-Leninismus in diesem Lande abzuwerten, lächerlich zu machen. Wir möchten euch aus diesem Vorwurf auch nicht mit der Absolution entlassen, daß wir doch eigentlich alle, Fehler und Schwankungen hin oder her, irgendwie der Sache der Arbeiterklasse dienen wollten und gut gemeint haben. „Gut gemeint" ist nicht nur das Gegenteil von Kunst, sondern auch das Gegenteil von Politik.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel. In den ersten Jahren ihrer Existenz wollte sich eure Partei von niemandem in ihrer bedingungslosen Treue zur VR China und den ‚Mao-tse-tung-Ideen' übertreffen lassen. Als wir 1972 in Zusammenhang mit dem damals noch ungeklärten Verschwinden Lin Biaos und dem China-Besuch Nixons sehr behutsam (nachträglich betrachtet: viel zu behutsam!) erste kritische Fragen zu formulieren begannen, hieß es bei euch: *„Trotzkistische Hetze gegen die VR China"*, *„Verleumdung Mao Tse-tungs"*, *„Wasserträger des Sozialimperialismus"*. Die gleichen Reaktionen gab es, als wir Ende Februar 1975 uns mit einem Offenen Brief „Zur Außenpolitik der VR China" an die sozialistische Linke wandten. Wir möchten daraus nur den letzten Absatz zitieren:

„Die Zukunft wird zeigen — und dafür gibt es schon konkrete Beispiele — daß die ‚konsequente' Unterstützung der chinesischen Außenpolitik letzten Endes zum Sozialchauvinismus und zur *Politik der Vaterlandsverteidigung* führt, d.h. zur Verteidigung, Rechtfertigung und Unterstützung des eigenen Imperialismus gegenüber den ‚Supermächten'".

Einen Monat nach dieser Warnung, auf die es selbstverständlich nie eine inhaltliche Erwiderung gab, verkündete euer damaliger Vorsitzender mit seiner berüchtigten Kieler Rede den Übergang eurer Partei, die sich damals noch KPD/ML nannte, zu genau der Politik, die wir befürchtet hatten. Die Sowjetunion war nun *„der Hauptfeind aller Völker"*, und eure Sicht auf die damaligen Kämpfe in Portugal und Angola, auf die Wahlen in Italien (*„Dem Sozialimperialismus wird der Weg gebahnt"*) und auf die Ost-West-Handelsbeziehungen (*„Kremlzaren wollen Einfluß in der EG"*, *„Kremlzaren fassen in Britannien Fuß"*) deformierte sich entsprechend. Den KB, der diesem Kurs heftig widersprach, saht ihr natürlich *„vor dem Karren des Sozialimperialismus"*.

Das hitzige Fieber dauerte nur wenige Monate: Bereits im November 1975 gab es einen Linienschwenk, der es eurer Partei erlaubte, ohne viel Worte der Selbstkritik die damalige KPD („Gruppe Rote Fahne") wegen genau der Politik anzugreifen, die ihr gerade eben selbst noch betrieben hattet.

Als im September 1976 Mao Tsetung starb, gab die KPD/ML überschwengliche Glaubensbekenntnisse ab: **Ewiger Ruhm dem Genossen Mao Tsetung!", „Das Werk des Genossen Mao Tsetung ist unsterblich!"**. In einem Schreiben eures damaligen Vorsitzenden an das ZK der KP Chinas hieß es: *„Genosse Mao Tsetung war der größte Marxist-Leninist unserer Zeit. Sein für alle Zeiten unsterbliches Werk ist die Fortsetzung des Werkes von Marx, Engels, Lenin und Stalin. (...) Genosse Mao Tsetung und unter seiner Führung die Kommunistische Partei Chinas stellten sich an die Spitze des Kampfes für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung, gegen den Verrat der Chruschtschow-Revisionisten und die von ihnen betriebene Spaltung der kommunistischen Weltbewegung. (...) Die Ausführungen des Genossen Mao Tsetung über die Weiterführung der Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats stellen eine bedeutende Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in dieser Frage (...) dar."*

Noch im Juli 1977 schickte eure Partei ein Grußtelegramm an das ZK der KP Chinas, in dem feierlich „versichert" wurde, **„daß wir das Andenken des Vorsitzenden Mao Tse-tung immer in Ehren halten und seine Lehren immer beherzigen und verteidigen werden."** Die KP Chinas, *„mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze"* habe *„einen großen theoretischen und praktischen Beitrag"* geleistet *„zu den Grundfragen, die die gesamte Periode des Sozialismus den kommunistischen Parteien stellt"*. Insbesondere sei die Kulturrevolution ein *„unsterbliches Verdienst"* Maos. („Roter Morgen", 8.7.77). Ein Jahr später, am 11. August 1978, konnte man dann eurem Zentralorgan mit Staunen entnehmen: *„Mao Tse-tung ist kein Klassiker"*. Im Gegenteil, Mao habe *„schwerwiegende Fehler und Abweichungen"* begangen. Die KP Chinas unter Maos Leitung habe *„von dem Zeitpunkt an, als der offene Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus entbrannte, bis heute den Kampf der Marxisten-Leninisten nicht nur auf das schwerste behindert"*, sondern sei sogar selbst *„ein Einfallstor des modernen Revisionismus in der kommunistischen Weltbewegung"* gewesen. Auch die Kulturrevolution, die nachgewiesenermaßen ein zentraler Impuls für die Gründung der KPD/ML gewesen war, fiel der absoluten Verdammung anheim. (vgl. dazu insbesondere die Berichte von eurem IV. Parteitag, RM vom 5.1.79).

Bei diesen Positionen seid ihr bis heute geblieben.

Ist ja alles schön und gut, aber wozu müssen wir denn diese alten Kamellen vor euch ausbreiten? Das ist doch alles Schnee von gestern? Die KPD hat unter alle dogmatischen Sünden und atemberaubenden Linienwechsel der Vergangenheit sowieso schon einen ganz dikken Schlußstrich gesetzt und längst eine völlig neue Seite im Buch ihrer politischen Entwicklung aufgeschlagen?

Nun, wir haben die Wandlungen eurer Position an diesem einen Punkt — wir hätten ebenso gut auch einige andere wählen können — skizziert, weil wir ein paar Dinge doch noch nicht ganz in Vergessenheit geraten lassen möchten:

1. Eure Partei hat immer einen extremen Hang zum Schwarz-Weiß-Denken gehabt. Entweder war Mao ein unfehlbares Genie oder er war ein rückständiger Kleinbürger, der für den Fortgang der Weltrevolution absolut nichts Gutes geleistet hat und der in allen politisch-theoretischen Fragen nur „Abweichungen" von der reinen Lehre produziert hat. Ebenso eure Haltung zur KP Chinas insgesamt: Erst galt euch jede noch so gut begründete Kritik als üble trotzkistisch-revisionistische Ketzerei, und nachher mußte in China alles absolut schlecht von Anfang an gewesen sein. Eine differenzierte Sicht der Dinge („gute" Aspekte einerseits, „schlechte" Aspekte andererseits), wie auch eine sachliche Betrachtung der Dinge in ihrem zeitlichen Entwicklungsprozeß, ist euch im Grunde bis heute fremdgeblieben. Und meint bitte nicht, ihr hättet diese kleinen Jugendsünden inzwischen doch weit hinter euch gelassen: Über die chinesische Kulturrevolution beispielsweise steht ein abgewogenes Urteil der KPD (jenseits von „unsterblich" einerseits und „Pfui Deibel!" andererseits) immer noch aus.

Auch beispielsweise eure festgefrorene Haltung (bzw. Nicht-Haltung) zu Albanien wäre allmählich einer selbstkritischen Reflexion wert. (Kein Kommentar zur Strauß-Reise, kein Kommentar zu den widerwärtigen Vorgängen um den Tod von Mehmet Shehu).

2. Bitte, denkt einmal darüber nach, daß die absolute Verdammung der KP Chinas und Mao Tsetungs durch eure Partei direkt einher ging mit einer großen Stalin-Renaissance: Dem Sturz Maos aus eurer Götzengalerie 1978 folgte die Erklärung des Jahres 1979 zum „Stalin-Jahr" durch euch und einige eurer Bruderparteien. Eure Kritik an speziellen Elementen des „chinesischen Weges" (Behandlung der Widersprüche im Volke, Verhältnis Partei-Massen, Kulturrevolution, „Kampf zweier Linien" in der Partei) beruhte in ihrem Kern auf stalinistischen Auffassungen: Nicht vom Standpunkt der Arbeiterdemokratie aus kritisiert ihr diese Dinge in China, sondern aus der Position der rigiden Ablehnung jedes Pluralismus in der Partei und im sozialistischen Staat. Sich unfreiwillig selbst demaskierend schrieb damals der „Rote Morgen" (5.1.79): *„Es liegt nahe, zu vermuten, daß die schwankenden kleinbürgerlichen Intellektuellen sich gerade aus den Gründen schnell für Mao Tse-tung und die Mao-Tse-tung-Ideen begeisterten, aus denen sie Stalin scharf ablehnend gegenüberstanden"*. Als Beispiel führtet ihr bezeichnenderweise an, daß die Kulturrevolution *„sich chaotisch und ohne jede Führung durch die Partei einwickelte, sich tatsächlich gegen die Partei und den Staat richtete, viele anarchistische, antizentralistische Züge trug"*. (ebenda) Da hättet ihr doch wenigstens die Frage stellen müssen: gegen was für eine Partei, gegen was für einen Staat.

3. Mit eurem manchmal faszinierenden Talent, aus Scheiße Gold zu machen, nutztet ihr eure abrupte Abwendung von Mao und der KP Chinas auch noch aus, um einen Sündenbock für eure eigenen Jugendsünden namhaft zu machen: In den sektiererischen Eskapaden eurer früheren Jahre drücke sich eben der verderbliche Einfluß der Mao-Tse-tung-Ideen auf eure Partei aus. Auf dieses unappetitliche Manöver gab euch bereits die KP Chinas in der Debatte um „Fehler und Verdienste" Stalins eine vorweggenommene Antwort: „Wenn wir, die Chinesen, unter dem Einfluß Stalins Fehler gemacht haben, so sind dafür nur wir selbst verantwortlich zu machen, denn es waren **unsere** Fehler". Auf das Maoismus-Problem übertragen: Es wird Zeit, daß ihr euch mit der Tatsache konfrontiert, daß alle eure Fehler und Eskapaden hausgemachte Ursachen haben. Sie waren nicht das Produkt der ‚Mao-Tse-tung-Ideen', sondern

umgekehrt war ein bestimmter (unserer Ansicht nach hanebüchener, kindischer) Umgang eurer Partei mit der chinesischen Politik Teil eures Sektierertums.

4. Daß jemand seine Meinung überdenkt und vielleicht ändert, kann durchaus ein Zeichen von geistiger Frische und Lebendigkeit sein. Aber kein vernünftiger Mensch kann innerhalb eines einzigen Jahres solche totalen Kehrtwendungen vollführen wie eure Partei am Thema Mao/China. Wer so etwas macht, sollte sich nicht bloß „schämen", wie euer Parteivorsitzender es wegen seiner früheren antitrotzkistischen Ausfälle tut, sondern der sollte sich erst einmal ein paar Jahre Urlaub von der Politik gönnen. Wie es so schön bei Lenin heißt: Das Verhalten einer Partei zu ihren Fehlern sagt eine ganze Menge über sie aus.

5. Eure großen Linienwechsel haben sich zumeist in einer für Außenstehende völlig verblüffenden Weise vollzogen: Ohne die Spur einer vorhergehenden Debatte in der sozialistischen Öffentlichkeit seid ihr plötzlich mit eurer allerneuesten Erkenntnis, mit eurem neuesten Geistesprodukt auf dem Markt. Der Mangel an Nachvollziehbarkeit solcher Schwenks wurde durch schnarrende Selbstsicherheit im Ton wettgemacht: Ihr wart euch eurer allerneuesten Sache immer genauso 100prozentig sicher wie vor her der alten Meinung.

Damit wir uns nicht mißverstehen: Wir sind nicht so kurzsichtig oder voreingenommen, daß wir die großen Sprünge weg vom Dogmatismus und weg vom Politkarneval verkennen, die eure Partei seit einer ganzen Reihe von Jahren gemacht hat. Trotzdem hat die Art und Weise, wie ihr die Fusionsabsichten mit der GIM angepackt und betrieben habt, bei uns ein großes Unbehagen hervorgerufen, das dem Grausen gar nicht so fern ist, das uns früher bei euren Linien-Umstürzen zu befallen pflegte. Daß wir den weitgehend nicht-öffentlichen, nicht inhaltlich nachvollziehbaren Charakter der Vereinigungsgespräche kritisiert haben, schienen zumindest eure Offiziellen nur für ein Witz-Thema zu halten. Inzwischen haben wir erfahren, daß man anscheinend große Teile eurer eigenen Partei auch nicht viel besser informiert und argumentativ angesprochen hat als uns: *„Vielfach wurde kritisiert"* — auf euren Landesmitgliederversammlungen im Oktober 1985 — *„daß die vollständig geänderte Haltung nicht zusammenhängend und in Auseinandersetzung mit unserer alten Position begründet worden ist"*. (RM, 18.10.85) Ist es nicht eine Monstrosität im schlechten alten ML-Stil, daß erst im Oktober 1985, gut ein Jahr nach Aufnahme der Fusionsgespräche, euer Vorsitzender im „Roten Morgen" erstmals zu den alleroffensichtlichsten Fragen Stellung bezieht, die diese Gespräche aufwerfen? Ein Zusammenschluß setzt als Minimum voraus, daß man vor sich selbst und vor der sozialistischen Öffentlichkeit detailliert Bilanz macht über gemeinsame und kontroverse Anschauungen der Beteiligten. Eine solche Bilanz dürfte nicht auf der zu Abstraktionen und Beliebigkeiten verführenden rein programmatischen Ebene verbleiben, sondern müßte sich auch den Fragen der praktischen Politik stellen. Die hochinteressante Frage, wie die KPD einerseits und die GIM andererseits die Sowjetgesellschaft interpretiert, enthält für die Zukunft vermutlich sehr viel weniger Sprengstoff als beispielsweise die unmittelbare Frage, wie ihr euch gegenüber der SPD verhalten wollt. Die GIM hat dazu nun einmal durch viele Jahre eine sehr konsequente, in sich logische Politik entwickelt. Eine Politik nämlich, die sie seinerzeit nach Itzehoe statt nach Brokdorf führte, und die sie heute veranlaßt, von den Grünen eine bedingungslose Unterstützung der SPD beim Regieren zu verlangen. Vielleicht haben sich ja die führenden Kreise eurer Partei inzwischen zu der Einsicht bekehren lassen, daß eine solche Politik, und nicht die von der KPD bisher betriebene, gegenüber der SPD und den Grünen zweckmäßig sei. Aber dann solltet ihr das auch öffentlich so sagen und zu begründen versuchen. Unser Verdacht ist freilich eher, daß im Verlauf der Vereinigungsgespräche viele wichtige Fragen unter den Tisch gekehrt worden sind, vermutlich in der unserer Ansicht und Erfahrung nach leichtsinnigen Hoffnung, daß sich alles Weitere schon irgendwie finden wird, wenn die Fusion erstmal unter Dach und Fach ist. Ähnlich verhält es sich mit der Frage des Anschlusses an die IV. Internationale. Oder glaubt ihr, die Genossinnen und Genossen von der GIM würden sich aus ihrem internationalen trotzkistischen Arbeitszusammenhang lösen, falls ihr das später einmal mehrheitlich so beschließt?

Falls es in euren führenden Parteigremien nicht Genossen gibt, die aus ehrlicher politischer Überzeugung, aber mit äußerst unehrlichen Mitteln die schleichende „Trotzkisierung" der KPD betreiben, macht das ganze Fusionsunternehmen mit der GIM wenig Sinn. Zumal unter dem Aspekt, daß dieser Fusionsversuch nicht nur nicht für die übrige sozialistische Linke geöffnet, sondern im Gegenteil sogar sorgfältig abgeschottet wurde. Nehmen wir einmal an, es wäre so, wie euer Parteivorsitzender im „Roten Morgen" (18.10.85) geschrieben hat: *„Unsere Partei, die GIM, andere trotzkistische Organisationen, der BWK, die MLPD usw. sind heute Teil* ***einer*** *politischen Strömung"* und sollten sich folglich in **einer** „marxistischen Partei", in **einer** „Partei des revolutionären Sozialismus" zusammenschließen. Aber welchen Nutzen hätten dann die geheimnistuerischen Exklusiv-Verhandlungen mit der GIM? Hättet ihr dann nicht im Gegenteil diese Fusionsgespräche bewußt und ausdrücklich für die gesamte sozialistische Linke offenhalten müssen? Eine Spezial-Fusion KPD-GIM wäre doch nur logisch, wenn ‚an über die allgemeine Zugehörigkeit zu einer „marxistischen Strömung" hinaus ein besonders hohes Maß an politisch-ideologischen Gemeinsamkeiten unterstellt. Aber worin exakt sind diese nun eigentlich begründet? Wäre es nicht allmählich Zeit für eine Erklärung?

Im Unterschied zu eurer Partei halten wir das ganze Konzept von der gemeinsamen „marxistischen Strömung" und vom anzustrebenden Zusammenschluß der gesamten linken Scene außerhalb der SPD und DKP für verfehlt, jedenfalls so, wie es von der KPD bisher begründet worden ist. Daß wir radikalen Linken mit unsern kleinen Vereinen eine äußerst schwache Randgruppe darstellen, ist offensichtlich und unbestreitbar. (Ironischerweise haben wir uns darüber im Gegensatz zu eurer eigenen Partei auch in der Vergangenheit nie Illusionen hingegeben). Daraus folgt aber unserer Ansicht nach nicht, daß nach dem Motto „Wir Zwerge müssen uns zusammentun" eine inhaltlich nicht ausgewiesene Vereinigungsmacherei anzustreben wäre. Bei einer solchen Art von Vereinigungsmacherei würden sich im übrigen unsere schwachen Kräfte noch nicht einmal addieren, sondern teilweise zusätzlich blockieren und einschränken. Stellt euch beispielsweise vor, ihr solltet zusammen mit den Spinnern von der MLPD Politik in einer gemeinsamen Organisation machen, nachdem ihr monatelang das unfruchtbare Gezappel mit eurem eigenen ML-Traditionsverein hattet, der euch gerade eben (zu eurem Bedauern oder zu eurer Erleichterung?!) verlassen hat. Der Denkansatz: „Eigentlich sind wir doch alle revolutionäre Sozialisten" scheint uns so betrachtet recht idealistisch und weltfremd zu sein. Wir sehen darin auch in der leider schon bekannten Manier ein Umfallen eurer Partei von einem Extrem (eurem früheren Absolutheitsanspruch) in ein anderes. Wobei wir freilich betonen möchten, daß uns euer jetziger Irrtum unendlich sympathischer ist als euer früherer.

„Erst Klarheit, dann Einheit" ist zwar ein ziemlich alter Grundsatz, aber er braucht deswegen noch nicht automatisch falsch zu sein. Die Frage, welche Organisationen/Gruppen Teil einer Strömung und tendenziell Teil einer gemeinsamen Partei sein müßten oder werden könnten, läßt sich weder philosophisch noch ausschließlich in Abgrenzung zur SPD und DKP beantworten. Sie kann nur in der Praxis geklärt werden. Und das hätte mit einer inhaltlichen Bilanz zu beginnen. Das schließt unter anderem eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Entwicklungsgeschichte der bundesdeutschen radikalen Linken mit ein, die bis heute fatalerweise von niemandem geleistet wurde. (Die Fülle an platter Renegaten- und Katzenjammer-Literatur zu diesem Thema bietet kaum Diskussionsansätze. Hoffentlich bleibt es dabei, daß unter den Autoren solcher Schreibereien kaum ehemalige Mitglieder eurer Partei anzutreffen sind). Um uns nicht unnötig zu wiederholen, möchten wir an dieser Stelle auf unseren Diskussionsbeitrag in der gemeinsamen „Beilage" verweisen. Wir haben dort skizziert, wie wir uns die Organisierung einer Debatte der sozialistischen Linken vorstellen.

In diesem Sinne wünschen wir euch einen „erfolgreichen" Parteitag und ein frohes, bewußtes Schaffen über dieses Wochenende hinaus.

Zur Stellungnahme des KB

Leicht verrechnet, Genossinnen und Genossen . . .

Daß der KB zu jenen Organisationen gehörte, die den Vorschlag des ZK der KPD, sich mit Stellungnahmen an die Delegierten des Sonderparteitags zu wenden, wahrnahm, ist zu begrüßen. Weil wir, entgegen landläufiger KB-Meinung sehr für eine Debatte auf möglichst breiter Grundlage sind. Gerade deshalb geben wir diese (und andere) Stellungnahme(n) auch im RM wieder, mit einem relativ kurzen Kommentar zur weiteren Debatte.

Ohne Zweifel: In einer ganzen Reihe von Punkten, die der Genosse des KB anspricht bezüglich der Vergangenheit unserer Partei, hat er recht. Darum soll hier nicht gestritten werden, auch keine Gegenaufrechnungen gemacht. Auch daß die Genossen des KB dabei etwas undifferenziert vorgehen(etwa: Einen tatsächlichen Linienschwenk im wörtlichen Sinne gab es im wesentlichen um die „Kieler Rede", anderen Veränderungen gingen — getreu damaligem Parteiverständnis interne Auseinandersetzungen voraus; die „Mao-Frage" beispielsweise war sehr umstritten, wurde im Nachhinein auch mehrfach relativiert, und seit längerem steht die Frage „Klassiker" so überhaupt nicht mehr, als logisches Ergebnis der gesamten Debatte) soll hier nur ein hiermit abgehaktes Klammerthema sein.

Nur: Es scheint so, als würde den Genossinnen und Genossen des KB genügen, recht zu haben, was die Vergangenheit betrifft. Daß sie für die Gegenwart nicht recht haben — das zeigt bereits die weit daneben gezielte Einleitung ihrer Stellungnahme. Was die Situation unserer Partei betraf, hatten sie nicht nur, wie der Verlauf des Sonderparteitages zeigte, völlig unrecht, sondern eigentlich auch keine echten ernsthaften Anhaltspunkte für eine solche Einschätzung.

Nur aus einer solchen Haltung heraus (sich mit früheren Themen zu befassen) ist es jedenfalls erklärlich, warum sich die Genossen des KB damit begnügen, ausgerechnet die China-Frage als zentralen, ja eigentlich einzigen (ausführlich behandelten) politischen Punkt aufzuwerfen und systematisch nichts zu all jenen Fragen zu sagen, die heute anstehen.

Denn so läßt sich doch diese Stellungnahme zusammenfassen: Es sind vier Punkte, zu denen da Aussagen getroffen werden. Zu unserer Partei werden 1. die sogenannten Geheimverhandlungen mit der GIM angesprochen (mit leichtem Hinweis auf die Einschätzung der SPD), diese werden 2. in die erwähnte „Tradition der Linienschwenks" gestellt, dabei wird 3. Zweifel angemeldet an der Basis solcher Einheitsbestrebungen und schließlich wird 4. eben die China-Frage lang und breit abgehandelt.

Nun ist es so, daß Anfang November, als die KB-Stellungnahme geschrieben wurde, auch schon wieder zwei Monate vorbei waren, seit die Dokumente über den Stand dieser Verhandlungen veröffentlicht worden waren. Da muß es erlaubt sein, es erstaunlich zu finden, daß dazu inhaltlich rein gar nichts gesagt wird. Außerdem ist es so, daß es seit mehreren Jahren nun inzwischen eine entsprechende ausformulierte Politik unserer Partei gibt, einen bekannten öffentlichen Diskussionsprozeß über zahlreiche Fragen, die die Genossen nicht zur Kenntnis nehmen, weil es ihnen offensichtlich genehmer erscheint, eine inhaltliche Auseinandersetzung auf dem Altar der These von den Geheimverhandlungen zu opfern. Und schließlich gibt es seit langem eine entsprechende Politik unserer Partei im Rahmen der Organisationen der „Gemeinsamen Vollversammlung . . .", die sich verschiedentlich an den KB wandte, mit der Aufforderung, sich zu beteiligen, was — mit einer Ausnahme — nicht geschah. (Damals wurde auch dem „Arbeiterkampf" jene Beilage beigelegt, in der der Programmentwurf des ZK der KPD abgedruckt war, ohne daß der KB jemals politisch darauf eingegangen wäre).

Das wären doch genügend politische Probleme gewesen, die eine Auseinandersetzung um die vom KB-Autor angesprochene Frage, ob es eine ausreichende politische Basis für solcherart Einheitsbestrebungen gäbe, konkret zu diskutieren. Stattdessen beschränkten sich die Genossen darauf, jene Art Argumentation wieder aufzulegen, mit der sie sich bereits aus dem Beilagenkreis wieder verabschiedet hatten: Das sei nicht von der Art, wie sie es für erfolgversprechend halten würden. Und auch hier: ohne es auszuführen.

Der KB könnte in verschiedensten Fragen, die aus der Geschichte der revolutionären Bewegung der letzten 15 Jahre entstanden sind, immer wieder recht haben, ohne daß es besonders viel bringen würde. (Außer daß sich vielleicht mal jemand darauf einließe, nun auch zur Rolle des KB, die keineswegs so unbefelckt ist, wie die Genossen gerne tun, etwas zu sagen — was aber ebensowenig nützlich wäre).

Wenn die Genossen jetzt schreiben:

„Das schließt unter anderem eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Entwicklungsgeschichte der bundesdeutschen radikalen Linken mit ein, die bis heute fatalerweise von niemandem geleistet wurde."

Dann schließt das, ganz wie sie sagen, tatsächlich genau an jene ebenso relativ unbestimmten Ausführungen in diese Richtung in der „Gemeinsamen Beilage" an — nur werden sie dadurch nicht richtiger.

So wenig wie anzunehmen ist, daß sich eine Einheit revolutionärer Sozialisten auf der Grundlage historischer Debatten über — wichtige — Fragen der Arbeiterbewegung herstellen läßt, so wenig läßt sich dies auch für eine solche Debatte über die jüngste Geschichte sagen.

Bisher jedenfalls hat hinter solchen Forderungen stets nur eines gesteckt: Der Wille eigene Vorstellungen dazu um jeden Preis durchzusetzen. Warum die Alternative, die Einheit in den programmatischen Zielen zu suchen, für die Genossinnen und Genossen des KB nicht gangbar erscheint, haben sie bisher nirgends dargelegt. Geschweige, daß sie sich zu solchen programmatischen Fragen geäußert hätten.

Es kann doch nicht ernsthaft darum gehen, zu sagen es müßten jetzt beispielsweise solche Fragen untersucht werden wie etwa die soziale Basis der genannten radikalen Linken, die Entwicklung einzelner Strömungen darin oder wer an dieser oder jener Frage recht oder unrecht hatte.

Nur aus solcher Enge der Herangehensweise heraus kann es zu solchen absoluten Fehleinschätzungen kommen wie der, das ZK, (bzw. der Vorsitzende des ZK) wollten schon mal — als Versicherung — die Schuld für das Scheitern der konkreten Bestrebungen zwischen KPD und GIM den Parteitagsdelegierten in die Schuhe schieben. Niemand, der diesen Parteitag erlebt hat — und Genossen des KB waren ja dabei — kann dies im Nachhinein aufrechterhalten. Wobei hinzuzufügen ist: Von schwer belehrbaren Heimlichtuern kann wohl kaum geredet werden, wenn Wochen vor dem Sonderparteitag unter anderem auch die entsprechende Resolution der ganzen Öffentlichkeit bekannt gemacht wird — eine Praxis, die für uns neu ist, die aber auch vom KB, um es direkt zu sagen (und den Genossen nicht stets die — reichlich unverdiente — Schiedsrichterrolle zu überlassen) nicht bekannt ist. (Wie denn auch — die Gelegenheit das zu sagen soll nicht ungenützt verstreichen — kaum die Rede davon sein kann, der KB etwa würde tun, was er von anderen fordert: Seine Auseinandersetzungen öffentlich führen).

Die Genossen des KB werden auf Dauer nicht darum herum kommen, sich zu den Debatten, die ja nicht nur zwischen KPD und GIM laufen, die es ja auch, wenn auch auf anderer Stufe, im „Beilagen-

Fortsetzung auf Seite 13

AKWs — wie weiter (Teil IV)

Atomwirtschaft und politische Parteien

Die atompolitischen Ziele der CDU

Der CDU/CSU geht es um mehr als nur ums „Atomgeschäft". Sie würde am liebsten die Kohle völlig der „Kernenergie — saubere Energie" (wie sie von den großen Energieversorgungsunternehmen angepriesen wird) opfern. Für die CDU/CSU ist der deutsche Finger am Anzug von Atomwaffen ein wesentliches politisches Ziel. Während Gerüchte um die Homosexualität des Generals Kießling den obersten Dienstherrn der Bundeswehr, Verteidigungsminister Manfred Wörner, zur Entfaltung einer fieberhaften Hektik verleiten und er sicherheitshalber schon mal einen solchen General hinaussäubert, ehe er sich Klarheit darüber verschafft, was Sache ist, rührt derselbe Herr Wörner keinen Finger, als ein Bundeswehrmajor der Reserve (zugleich Leiter der Einsatzabteilung beim Münchener Polizeipräsidium) namens Dr. Roland Koller in der bundeswehrnahen Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" (Artikel „Pax sovietica oder nukleare Macht?" 1/84) Äußerungen vom Stapel läßt wie: „Einfach ausgedrückt, Cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprenkopf in deutsche Hand!" Begründung: „Die für den Schutz Westdeutschlands in erster Linie zuständige Protektoratsmacht USA wird ihre atomaren Waffen erst dann einsetzen, wenn entweder ihr Heimatgebiet unmittelbar und ernsthaft von sowjetischen Waffen bedroht oder ihre zur UdSSR gleichrangige Machtstellung massiv gefährdet ist." Die BRD könne demnach, dan ihre Sonderinteressen von den Bündnispartnern ja nicht gebührend berücksichtigt werden, eine glaubwürdige atomare Abschreckung nur dann ausüben, wenn sie selbst direkt „einen eigenen Finger am atomaren Abzug" habe (36b). Die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch die BRD kommentiert dieser laute Vordenker der CDU/CSU-Strategie so: „Die von der BRD eingegangenen rechtlichen Beschränkungen wären ein weiteres erhebliches Hindernis auf diesem Wege (zu eigenen Atomwaffen — RM), aber gerade im Bereich völkerrechtlicher Regelungen ist die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage (clausula rebus sic stantibus) (= Vorbehaltsklausel, solange die Geschäftsgrundlage sich nicht ändert — RM) ein geeignetes und zuverlässiges Mittel, das Recht an gewandelte Verhältnisse anzupassen."

Nun ist man aus Bayern schon einiges an starkem Tobak gewöhnt. Auch bei Franz Strauß, der in jüngster Zeit gern mit weißen Pfötchen herumläuft, kennt man die ständige Redensart, wenn es um die Gültigkeit abgeschlossener Verträge geht: „rebus sic stantibus". Und war nicht gerade Strauß einer der entschiedensten Gegner der bundesdeutschen Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag?

Ein CDU/CSU-Bundestagsabgeordneter hielt es 1984 auf eine kleine Anfrage hin für angemessen, darauf hinzuweisen, daß die „Bedrohung (der BRD) durch atomare Überlegenheit der Sowjetunion" als eine Erschütterung der Geschäftsgrundlage für den Beitritt der BRD zum Nichtweiterverbreitungsvertrag angesehen werden könne (36c).



Brokdorf: Das Gesicht dieser „Demokratie'

Auch Dr. Jürgen Todenhöfer, rüstungspolitischer Sprecher der CDU-CSU-Bundestagsfaktion, hat die Vorstellungen der CDU/CSU, die sich auch mit der „friedlichen" Nutzung der Kernenergie verbindet, auf den Nenner gebracht, wenn er den Aufbau einer „europäischen Atostreimacht als zweite(r) Säule" fordert und — sicher zutreffend — darauf verweist, daß es keine echte Garantie dafür gibt, „daß bei einer französischen nuklearen Einsatzvorbereitung die deutschen Interessen ausreichend berücksichtigt werden. Unser Land verfügt heute daher nur über eine drittklassige Sicherheit." Das möge „aus geschichtlichen Gründen noch verständlich gewesen sein. (...) Für meine Generation ist das nicht hinnehmbar." (Mit anderen Worten: Leute seines Schlages möchten ungern an die Kontinuität der Mächtigen in „diesem unserem Lande" vom Nazireich bis heute erinnert werden.)

Die Atomgarantie der USA werde angesichts der Einbeziehung des Weltraums in die Verteidigungsplanungen, die „das gesamte gegenwärtige Abschreckungssystem ins Wanken" bringen, zweifelhaft. „Die europäischen NATO-Mitglieder werden daher selbst zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen, um ihre eigene Sicherheit unter den sich abzeichnenden technologischen Veränderungen zu gewährleisten. Es ist daher an der Zeit, durch die Schaffung einer integrierten Atomstreitmacht das westliche Bündnis auf zwei tragfähige Säulen, eine europäische und eine amerikanische, zu stellen." Aus diesen Gründen müßten die in Europa stationierten US-Raketen in die europäische Atomstreitmacht integriert werden. (So Todenhöfer noch am 17.4. 1984 in einem Interview mit der „Welt".) Natürlich beeilt er sich hinzuzufügen, daß „für eine Übergangszeit" die „Einsatzverantwortung" bei Frankreich, Großbritannien und den USA bleiben solle, „in einer zweiten Phase" aber könne „die Einsatzkontrolle auf das Exekutivgremium (mit bundesdeutscher Beteiligung, versteht sich — RM) als Ganzes übertragen werden." (36f)

Todenhöfer gibt ohne Umschweife zu, daß durch Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht, wie er sie vorschlägt, Rüstungskontrollgespräche mit der UdSSR schwieriger werden, aber ihm geht es dabei ja vor allem darum, eine „Diskriminierung" der BRD im Nuklearbereich zu beenden. Anders als Koller interpretiert Todenhöfer den Atomwaffen-Nichtweiterverbreitungsvertrag dahingehend, daß auf seiner Grundlage Übergangsformen zu einer integrierten europäischen Atomstreitmacht möglich seien. Seiner Ansicht nach ist die vorherrschende Auslegung des Vertrages, daß vorher erst ein vereinigtes Westeuropa geschaffen werden müsse „zu eng". (36d)

Todenhöfer kann sich hierbei auf Äußerungen der SPD/FDP-Regierung zum Zeitpunkt der Unterzeichnung stützten, denen zufolge die Interpretation des Vertrages in den USA nicht nur eine europäische nukleare Streitmacht, sondern auch atomare Kooperation unterhalb der Schwelle eines europäischen Bundesstaates zulasse.

„Das Modell, das den Kritikern im allgemeinen vorschwebt, ist eine europäische Atomstreitmacht, die sich aus der Europäisierung des französischen — gelegentlich auch britischen — Nuklearpotentials entwickeln müßte. Eine solche europäische Atomstreitmacht wäre ohne jede Frage eine bedeutsame Verstärkung der europäischen Abschreckungslandschaft. Daher ist es legitim und richtig, sie als Endziel europäischer verteidigungspolitischer Einigung anzustreben. (...) Eine französisch-deutsche Verteidigungsunion könnte ein solcher Impuls, ein Anfang, ja ein Durchbruch sein. Sie entspräche dem Gebot der Stunde." (Manfred Wörner im Jahre 1976). (36g)

Dr. Helmut Hirsch, der im Auftrag der niedersächsischen Landesregierung 1979 das Gorleben-Hearing wissenschaftlich koordinierte und 1983 das Gorleben/Dragahn-Hearing in Gang brachte, die sich beide als ein Fiasko für die wissenschaftliche Absicherung der Propaganda für die Ungefährlichkeit der Entsorgungspläne der Bundesregierung erwiesen haben, nennt denn auch die Zusammenarbeit zwischen BRD und Frankreich eine Kooperation in der „zivilen Atombombenproduktion". Helmut Hirsch ist auch der Verfasser eines von den „Grünen im Bundestag" in Auftrag gegebenen Gutachtens „Die Bundesrepublik Deutschland und der Atomwaffen-Nichtweiterverbreitungsvertrag", in der er u.a. zu dem Ergebnis kommt:

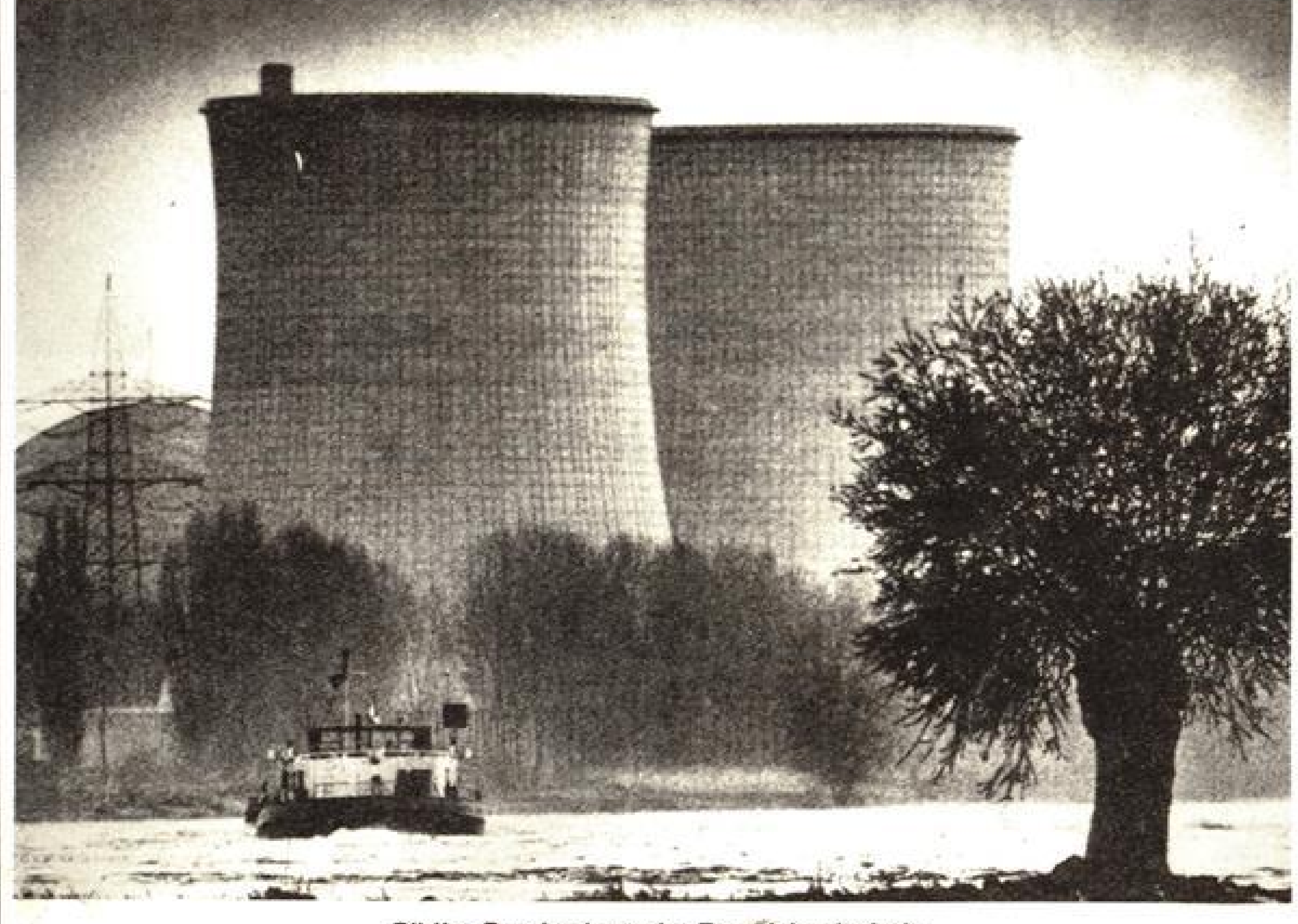
„Von 1974 bis heute hat die Bundesrepublik eine Nuklearpolitik betrieben, durch die sowohl die vertikale Proliferation (Ausbau der atomaren Arsenale bei den schon bestehenden Atommächten) als auch die horizontale Proliferation (Erwerb von Atomwaffen durch weitere Staaten) gefördert wurde. Trotz aller Lippenbekenntnisse der verschiedenen Bundesregierungen gegen Weiterverbreitung und für Abrüstung wurde damit der Nichtweiterverbreitungsvertrag kontinuierlich geschwächt.

Die BRD hat eine Vorreiterrolle bei der atomaren Aufrüstung in Europa inne. 1977 beschwor Bundeskanzler Schmidt als erster eine angebliche Überlegenheit der UdSSR in Europa und forderte Neustationierungen von US-Atomraketen. Er setzte sich auch (vergeblich) für die Stationierung von Neutronenwaffen in Europa ein. Die BRD hat entscheidend zum Zustandekommen des ,Nach'-Rüstungsbeschlusses der NATO vom Dezember 1979 beigetragen." (36e)

Wenn auch m.E. die Macht der BRD hierbei etwas überschätzt werden dürfte, so ist doch deutlich, daß in dieser Politik offenbar die SPD bis zum Sturz der Regierung Schmidt mit der CDU/CSU am selben Strang gezogen hat. Dennoch muß man die Sozialdemokratie etwas anders beurteilen.

Die SPD und das Atomgeschäft

Während das Großkapital auch bei seinen atomwirtschaftlichen Ambitionen in der CDU/CSU eine Stütze hat, auf die es sich fast absolut verlassen kann, sieht dies bei der SPD angesichts ihrer Massenbasis (in der Arbeiterschaft), von der sie sich nicht allzu weit entfernen kann, trotz ihres Versuchs, sich (mit der durch das Godesberger Programm eingeschlagenen politischen Marschroute) den Anstrich einer „Volkspartei" zu geben, anders aus. So hat diese Partei es bei jedem Anpassungsversuch an die „Realität", die sie vertritt (d.h. an die Staatsräson der BRD), immer wieder mit



Biblis: Bundesdeutsche Energielandschaft

„Dissidenten" in ihren eigenen Reihen zu tun, die diesen oder jenen Schritt in diese Richtung nicht mitvollziehen wollen und zugleich mit ihrem Widerspruch dieses ihr Bestreben in der Öffentlichkeit zu desavouieren drohen. Zugleich muß sie bei allem, was sie tut, immer auf ihre Massenbasis Rücksicht nehmen und kann daher nicht in der gleichen Weise wie die eindeutig bürgerlichen Parteien im Interesse des Großkapitals handeln. SPD-Funktionäre saßen daher auch in Führungspositionen der Atomwirtschaft nie so fest im Sattel wie Mitglieder von eindeutig bürgerlichen Parteien, wie z. B. der Fall des Interatom-Geschäftsführers Traube gezeigt hat. Selbst bei korrumpierten SPD-Vertretern kann sich die SPD eher gezwungen sehen, diese aus entsprechenden Positionen zurückzuziehen, als es CDU/CSU oder FDP für nötig befinden. Einem SPD-Vertreter wird auch heute noch nicht so leicht „verziehen", wenn er sich den Gepflogenheiten seiner Kollegen aus den anderen Parteien zu sehr anpaßt.

Speziell in der Atompolitik hat die SPD zudem eine andere Vergangenheit zu „bewältigen", die ihr als Regierungspartei wiederholt hinderlich im Wege steht. So war das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften einerseits und der Anti-Atom-Bewegung andererseits vor dem Godesberger Programm (bis 1958) im wesentlichen nach folgendem Handlungsmuster orientiert:

- „Unterstützung der Anti-Atombewegung;
- Beteiligung an ihrer Lenkbarkeit durch Förderung geeigneter organisatorischer Strukturen;
- Bekämpfung von Radikalisierungs- und Verselbständigungstendenzen durch Mahnung, partielle Distanzierung oder auf einzelne Personen (opinion leaders) bezogene Maßnahmen;
- Gegenüber konservativen Kräften, die den traditionellen Arbeitnehmerorganisationen politisch fern standen, aber in der Gegnerschaft gegen die ‚Bombe' oft ähnliche Positionen wie diese bezogen, waren zusätzliche Handlungsmuster angezeigt:
- Herausstellen der eigenen ähnlichen Positionen mit dem Ziel der Sympathie- und Abwerbung
- Zurückstellen von differierenden Positionen dort, wo nur teilweise Übereinstimmung vorhanden ist.

Doch schon ab 1958/59 veränderte sich das Verhältnis zwischen SPD/Gewerkschaften und außerparlamentarischer Bewegung; die SPD begann nun vorsichtig ihre Politik auf das Godesberger Programm umzuorientieren und ergriff ein ganzes Bündes von abgestuften Maßnahmen gegen die Anti-Atombewegung:

- Verweigerung von Unterstützung
- Abblockung von Aktionen
- Maßnahmen zur Entmutigung, Verunsicherung oder Paralysierung.

Von bewußteren Teilen der Arbeiterbewegung war die Atomwaffenfrage, nicht zuletzt durch die Aussagen der SPD und der Gewerkschaften selbst, als eine existenzielle Frage aufgefaßt worden. Sie wollten sich nicht damit begnügen, die Entscheidung den gesetzlich vorgeschriebenen Entscheidungsprozessen zu überlassen, die angesichts des Fehlens geeigneter plebiszitärer Regelungen (= Regelungen über Volksentscheide — RM) im Grundgesetz dazu führten, daß der Mehrheitswille der Bevölkerung negiert werden konnte. Deshalb forderten sie Kampfmaßnahmen. Der Ruf nach dem Generalstreik fehlte nicht in den Resolutionen und Briefen von Gewerkschaftsgruppen und Betriebsbelegschaften an ihre übergeordneten Gewerkschaftsgremien. Aber gerade in diesem Punkte zeigte sich die Spitze des DGB äußerst zurückhaltend." (37)

Mit dieser Marschroute hatte die SPD es geschafft, in die Regierungsverantwortung zu gelangen. Und sie wollte sich aus dieser nicht wieder aufgrund der Haltung derjenigen, die ihre früheren Positionen fortsetzten, hinauskatapultieren lassen. Die CDU, die sich der Anti-Atom-Bewegung — sei es gegen die militärische, sei es gegen die „friedliche" Nutzung der Kernkraft — in aller Regel sehr schroff und zurückweisend verhielt, äußerte zugleich wiederholt ihre Genugtuung darüber, daß die SPD hier ernten müsse, was sie dereinst gesät habe. Mit ihrer eindeutigen Haltung zugunsten der Nutzung der Kernenergie hatte sie sich zwar vorübergehend als weniger günstiger Vertreter der Atomlobby erwiesen, als es dieser darauf angekommen war, anläßlich der Debatte über den Atomwaffensperrvertrag vorsichtig zu operieren, auf die Dauer erschien sie aber als der geeignetere politische Verfechter dieses aufwärtsstrebenden Industriezweiges. Dies zeigte sich auch an den spärlichen Mobilisierungseffekten für die Atomindustrie, die von SPD und Gewerkschaften zuwege gebracht wurden. Mit der Dortmunder Großdemonstration von 30000 Menschen, die „für Kernenergie und Kohle" marschierten, versuchte der DGB, diese Schlappe wettzumachen.

Allerdings gab es ein wesentliches Hindernis, das vorher überwunden werden mußte, um die gern beschworene „schweigende Mehrheit", mit deren Hilfe sich die SPD von einer Arbeiterpartei zur Volkspartei „emanzipieren" wollte, zum Sprechen zu bringen. Viele Kollegen, insbesondere aus dem Bergbau, sahen — zu Recht — im Ausbau der Kernkraftwerke eine Konkurrenz für die von ihnen geförderte Kohle. Sie hatten erlebt, daß seinerzeit der Steinkohlenbergbau sich „gesundgeschrumpft" hatte, um dem Erdöl Platz zu machen. Angesichts der Erdölkrise hatten sie die Hoffnung gehegt, daß dieser Schrumpfungsprozeß gestoppt werde. In dem forcierten Aufbau von Atomkraftwerken sahen sie (im Gegensatz zur Führung der IG Bergbau und Energie) eine erneute Konkurrenz auf sich zukommen, die ihre Erwerbsmöglichkeiten bedrohte.

Hinweise

Als Nachtrag zunächst zwei Anmerkungen zur letzten Folge:

29a) Strohm, a. a. O., S. 876

29b) ebenda, S. 878

36b) Der Griff zur Bombe. Westdeutsche Plutoniumpolitik 1954-1984, Hrsg.: KB Gruppe Lüneburg, S. 4 ff. Dort ist der Artikel „Pax sovietica ..." dokumentiert; vgl. auch: Dr. Helmut Hirsch (Gruppe Ökologie Hannover), Die Bundesrepublik Deutschland und der Atomwaffen-Nichtweiterverbreitungsvertrag. Eine Studie der Nupolitik der Bundesrepublik 1974 bis 1985 mit besonderer Berücksichtigung der Überprüfungskonferenzen von 1975 und 1980 sowie der bevorstehenden dritten Überprüfungskonferenz im August/September 1985 in Genf, im Auftrag der Grünen im Bundestag, Juni 1985, S. 61 f

36c) Hirsch, a. a. O., S. 64

36d) ebenda, S. 62

36e) ebenda, S. iii

36f) Der Griff zur Bombe, a. a. O., S. 7 f

36g) zit. nach: Hariold Grupp/A. Schmalenströr, Atome für den Krieg, Kölner Volksblatt Verlag (1984)

37) Hallerbach, a. a. O., S. 23 f

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + +

Korrektur?

Leserbrief zu: „Konterrevolutionäre Bande" oder „Strömung des Marxismus"? im RM Nr. 42

Die Neubewertung es Trotzkismus, die der Genosse Koch im RM Nr. 42 vornimmt, scheint uns ein großer Fortschritt zu sein. Zwei Aussagen des Artikels vor allem scheinen uns allerdings noch der Korrektur zu bedürfen:

1. Genosse Koch scheint zu glauben, daß die Oppositionellen in der Sowjetunion in den dreißiger Jahren „schwere konterrevolutionäre politische Verbrechen" (S. 13) begingen.

Diese Annahme des Genossen Koch ist unzutreffend. Bis heute sind, wenn wir uns nicht sehr täuschen, keinerlei Beweise für irgendwelche, von Oppositionellen begangene Verbrechen vorgelegt worden — außer den „Geständnissen" von Angeklagten.

Wie phantastisch und unsinnig die damaligen Anklagen und Verurteilungen wegen konterrevolutionärer Verbrechen waren, zeigen folgende Zahlen aus Chruschtschows Geheimbereicht auf dem XX. Parteitag der KPdSU, die unseres Wissens nicht bestritten worden sind:

„Von den 139 Mitgliedern und Vertretern, die auf dem XVII. Kongreß (das war der sogenannte ‚Parteitag der Sieger' 1934) ins Zentralkomitee der Partei gewählt worden waren, wurden 98 (also 70 Prozent) verhaftet und erschossen (die meisten in den Jahren 1937-38)... Dieses Schicksal teilten nicht nur die Mitglieder des ZKs, sondern die Mehrheit der Delegierten des XVII. Parteikongresses. Von den 1956 Delegierten wurden 1108 unter der Beschuldigung konterrevolutionärer Verbrechen verhaftet, d. h. mehr als die Hälfte."

In ihren „Geständnissen" gestanden die Angeklagten Verbrechen, die sie nicht begangen hatten, z.T. gar nicht begangen haben konnten (da wurde z. B. ein Verschwörertreffen mit Trotzkis Sohn in einem Kopenhagener Hotel gestanden, das nachweisbar nur noch in alten Reiseführern existierte); die Geständnisse waren durch physischen und/oder psychischen Druck (durch Drohung gegen die Familienangehörigen usw.) erpreßt worden. Ohne öffentliche Verhandlung verschwand, wer nicht gestand.

Trotzki selber — als der eigentliche Hauptangeklagte der Moskauer Prozesse — widerlegte nicht nur (z. B. in „Stalins Verbrechen", Zürich, 1937) die vorgebrachten „Beweise" Punkt für Punkt; er stellte sich im Exil in Mexiko auch einem unabhängigen Untersuchungsausschuß, der die Moskauer Anklagen gegen ihn prüfte — der Dewey-Kommission (vergleichbar den heutigen Russel-Tribunalen). Und er erklärte öffentlich, daß er sich der GPU stellen werde, wenn er auch nur indirekt irgendeines Verbrechens für schuldig befunden werde.

Die Dewey-Kommission kam zu dem Ergebnis: Nicht schuldig (siehe dazu: The Case of Leon Trotsky. Reports of hearings on the charges made against him in the Moscow trials. Und: Not guilty. Report oft the 1938 Commission of inquiry into the charges made against Leon Trotsky in the Moscow trials).

Inzwischen haben selbst die sowjetischen Behörden die meisten Opfer der damaligen Prozesse nachträglich offiziell juristisch rehabilitiert.

2. Genosse Koch nennt die Theorie der permanenten Revolution „berüchtigt" (S. 13). Genosse Koch schreibt weiter: „Mao Tsetung hat den neudemokratischen Weg der chinesischen Revolution entwickelt, ohne auf durchaus anderslautende Ratschläge der Komintern und der Trotzkisten zu hören." (S. 13)

Genosse Koch hält offenbar die Theorie der permanenten Revolution durch den Ablauf der chinesischen Revolution und durch Maos Theorie für widerlegt.

Sicher ist richtig, daß es Differenzen zwischen den chinesischen Trotzkisten und Mao Tsetung über **taktische** Fragen gab (etwa über die Frage, ob die Kommunisten ihre Hauptätigkeit in den Städten entfalten sollten oder auf dem Lande). Das ändert aber nichts daran, daß Mao in **einem** zentralen Punkt die Strategie der permanenten Revolution **faktisch** übernommen hat, nämlich die Unabhängigkeit der Kommunisten im Befreiungskampf und die Ablehnung jeglicher Beschränkung der Ziele der Revolution durch eine Unterordnung unter die Bourgeoisie, wie sie vor der Komintern vorgesehen.

Im folgenden wollen wir die zentralen Aussagen der Theorie bzw. Strategie der permanenten Revolution, die Trotzki anläßlich der ersten russischen Revolution 1905 entwickelte und die er in der zweiten Hälfte der 20er Jahre verallgemeinerte — noch einmal kurz darstellen:

Der imperialistisch dominierte Weltmarkt läßt eine umfassende Industrialisierung unter bürgerlich-kapitalistischen Vorzeichen in den rückständigen Ländern nicht mehr zu. Die Bourgeoisie ist wegen ihrer Verflechtung mit dem Grundeigentum und ausländischem Kapital und aus Furcht vor der Arbeiterschaft keine revolutionäre Kraft mehr, und die Bauernschaft ist wegen ihrer inneren sozialen Unterschiede und ihrer territorialen Zersteutheit unfähig, eine selbständige und politisch führende Rolle zu spielen. Im Zeitalter des Imperialismus ist deshalb in rückständigen Ländern die Machteroberung durch das Proletariat das einzige Mittel, die Aufgabe der historisch verspäteten bürgerlichen Revolution noch zu lösen, d. h. vor allem die Enteignung des Großgrundbesitzes und die demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft.

Nach dem Sieg der Revolution in rückständigen Ländern wird es aber keine Periode kapitalistischer Entwicklung geben. Die an die Macht gelangte Arbeiterklasse wird sozialistische Maßnahmen ergreifen müssen, d. H. Enteignung imperialistischer Großunternehmer und nationaler kapitalistischer Eigentümer sowie Errichtung eines Arbeiterstaates und einer geplanten Wirtschaft.

Die Arbeiterklasse wird ihre Revolution nur dann erfolgreich zu Ende führen und eine sozialistische Gesellschaft erfolgreich aufbauen, und damit letztlich den Kommunismus, wenn sie die nationalen Grenzen sprengt und die revolutionären Kräfte in den anderen Ländern in Bewegung setzt (siehe: Leo Trotzki: Die permanente Revolution, zuerst 1930).

Die strategische Orientierung, die hieraus folgt: organisatorische Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung von den Organisationen der Bourgeoisie (statt Eintritt in und Unterordnung unter die Kuomintang), Kampf gegen den Einfluß der Bourgeoisie und Orientierung auf die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse (statt Erwartung einer demokratischen Revolution unter Führung der Bourgeoisie), nach der Machteroberung kein Aufbau einer „neuen Demokratie" für eine „relativ lange Periode", d. h. keine Durchführung bloß einer bürgerlichen Revolution neuen Typs, sondern Durchführung sozialistischer Maßnahmen, d. h. eine permanente Revolution.

Wir meinen: Mit dieser strategischen Orientierung, mit der Strategie der permanenten Revolution hätten zumindest die schweren Niederlagen der chinesischen Arbeiterbewegung vermieden werden können, die aus dem Vertrauen der Komintern in die revolutionäre Rolle der chinesischen Bourgeoisie resultierten. Möglicherweise hätte die chinesische Revolution schon zwei Jahrzehnte früher gesiegt — mit sicherlich weitreichenden positiven Folgen nicht nur für China.

2 Genossen der GIM Karlsruhe

Fortsetzung von Seite 11

kreis" gibt, inhaltlich zu äußern. Es geht dabei ja eben nicht um „prinzipienlose Vereinigungsmacherei", sondern im wesentlichen um eine mögliche programmatische Einheit. Nur: Eine solche existierende Debatte nicht zur Kenntnis zu nehmen, sondern nur festzustellen, es gebe sie gar nicht — das führt nicht gerade zu einer starken politischen Position.

„Erst Klarheit, dann Einheit" ist, wie die Genossen vom KB sehr richtig schreiben, in der Tat ein alter Grundsatz. Der oft genug dazu gedient hat, jede Einheit unmöglich zu machen. Denn man müßte ja eine Einigung darüber erzielen, welches denn die Fragen sind, über die zuerst Klarheit herrschen muß, bevor Einheit hergestellt werden kann — dann stimmt es in der Tat. Dazu gibt es zwei verschiedene Herangehensweisen. Die eine sagt, es muß Klarheit über eine große Zahl politischer Fragen geben — beispielsweise über die Einschätzung der Geschichte der radikalen Linken in der BRD — dann kann man über Einheit reden. Das ist der Weg, die Einheit in der Tat zu verhindern. Zeigt alle Erfahrung. Die andere sagt: Es muß Klarheit über die politischen Ziele, das Programm also, einer solchen Partei geben, darüber muß die Diskussion laufen.

So wenig es nützlich erscheint, wenn der KB unbedingt recht haben will was Fragen anbetrifft, die für einen solchen Prozeß keineswegs entscheidend sind, so wenig erscheint es beispielsweise nützlich, etwa die Rolle des KB bei der ganzen Entwicklung der Grünen zu behandeln.

Helmut Weiss

BÜCHERMARKT

LIEBKNECHT

Zweibändige Taschenbuchausgabe mit Reden und Aufsätzen von Karl Liebknecht. Der erste **Band (345 Seiten) umfaßt Beiträge** des Zeitraums von 1904 bis 1914, der zweite (154 Seiten) Beiträge von 1914 bis zur Ermordung Liebknechts im Januar 1919. Beide Bände zusammen **★Nur 7,50 DM**



Ein Liebhaberstück: **Karl Liebknecht Reden und Aufsätze.** Von Julian Gumperz 1921 im Verlag der Kommunistischen Internationale herausgegeben. Dieses wunderschöne, alte Buch (fest gebunden, 357 Seiten) kostet allerdings bei uns auch **★Nur 25,— DM**

Kursbuch

Drei Ausgaben der (Buch)-Zeitschrift aus ihrer Hochzeit. Kursbuch 13 vom Juni 1968 mit dem Thema *„Die Studenten und die Macht"*, Kursbuch 20, März 1970 *„Über ästhetische Fragen"* und Kursbuch 24, Juni 1971 über *„Schule, Schulung, Unterricht"* zusammen über 600 Seiten für **★Nur 10,— DM**

KUNST



Drei schöne Bände mit vielen Bildern fortschrittlicher Künstler: 1. Goya in der demokratischen Tradition Spaniens, eine materialistische Studie von F. D. Klingender. 288 Seiten, viel Text, viele Bilder. 2. Honoré Daumier Die Justiz. Schon ein Klassiker dieser großformatige Band mit den Grafiken des bissigen Franzosen gegen die Justiz. 3. Dazu noch der 140 Seiten starke Band A. Paul Weber Kunst im Widerstand vom Elefanten Press Verlag. Der Preis ist auch hohe Kunst, alle drei Bände zusammen: Nur 15,★ DM



★ Sow. Lit. ★

Alles über sowjetische Literaten von Fjodor Alexandrowitsch **Abramow** bis Marina Iwanowo **Zwetajewa** bietet das großformatige, dicke (616 Seiten) **Handbuch der Sowjetliteratur** (1917 bis 1972), herausgegeben vom VEB Bibliographisches Institut Leipzig **★Nur 5,— DM**

BIKINI

DIE FÜNFZIGER JAHRE

Politik · Alltag · Opposition

Die gibt's zwar schon als Taschenbuch, wir aber haben noch einmal die schöne große Ausgabe des Bildbandes über die 50er: **Bikini — Kalter Krieg und Capri-Sonne — Die fünfziger Jahre, Politik, Alltag, Opposition.** Das reich bebilderte Buch mit vielen kritisch-informativen Texten und über 300 Seiten bei uns für **★Nur 15,— DM**

MITTELALTER



Das Buchpaket für Forscher, Studenten, Wißbegierige: Wir bieten an: A.I. Njeussychin: **Die Entstehung der abhängigen Bauernschaft. Als Klasse der frühfeudalen Gesellschaft in Westeuropa vom 6. bis 8. Jahrhundert.** Akademie Verlag Berlin/DDR, Ln. 598 S. Dazu: M.M. Smirin: **Die Volksreformation des Thomas Münzer und der große Bauernkrieg,** Dietz Verlag, 670 Seiten. Weiter: M. Erbstösser, E. Werner: **Ideologische Probleme des mittelalterlichen Plebejertums. Die freigeistige Häresie und ihre sozialen Wurzeln** und S. Epperlein **Bauernbedrückung und Bauernwiderstand im hohen Mittelalter,** beide Bände aus dem Akademie Verlag 165 bzw. 175 Seiten mit Bildern und Karten. Zusätzlich noch: **Hutten, Müntzer, Luther,** Werke in zwei Bänden mit Kommentierung und Anmerkungen, Bibliothek Deutscher Klassiker zusammen über 700 Seiten. Insgesamt also sechs Leinenbände mit über 2300 Seiten satter Geschichte einmalig für **★Nur 40,— DM**



Der Bücherbote kommt ins Schwitzen: es sind zwar nicht ganz 2001 Angebote, aber eine Wohltat für jeden Bücherwurm, was der RM hier anbieten kann. Aus Spenden, Rezensionsexemplaren, Doppel- und Dreifachausgaben unseres Archives, aus Restauflagen und modernem Antiquariat haben wir einen Bücherkorb zusammengestellt, in dem eigentlich jeder was Interessantes finden müßte. Der große Reibach wird mit diesem Angebot nicht gemacht — die Erlöse dieser Aktion fließen ausschließlich der Partei zu — eine Spende gegen dicke, voluminöse, bunte, große, theoretische oder antiquarische Spendenquittungen — die Lesevergnügen bereiten. Und aufgepaßt: dies ist erst der zweite Korb, wir haben noch viel mehr auf Lager.



Aus Schacht und Hütte

Aus Schacht und Hütte heißt ein großer Bildband mit vielen s/w und einigen farbigen Abbildungen und einem informativen Textteil. Es handelt sich um den Ausstellungskatalog der 80er Ruhrfestspiel-Ausstellung: Aus Schacht und Hütte, Ein Jahrhundert Industriearbeit in Wort und Bild 1830 - 1930. Ein gutes Buch, es zeigt nicht allein die Technik sondern auch die Menschen in Fotos, Grafik, Malerei die diese Industrie großgemacht haben. Bei uns für wenig Kohle. ★Nur 10,— DM

Unser Top-Angebot

Die Weltbühne

1914 - 33 komplett!

Was soll man viel schreiben, zu der heute noch wohl bekanntesten Zeitschrift der „Weimarer Republik" für Politik, Kunst, und Wissenschaft, zur „Weltbühne". Die Namen ihrer bekanntesten Autoren Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, der die Weltbühne auch lange geleitet hat, stehen für die Richtung dieser Wochenzeitung, die immer eine Mahnerin gegen Reaktion, Faschismus und Krieg war.

Wir bieten an: den kompletten Nachdruck aller Ausgaben der Weltbühne von 1914 bis 1933. 1978 erschien dieser Nachdruck im Athenäum Verlag in einer gebundenen und einer kartonierten Ausgabe. Unsere kartonierte Ausgabe enthält in 15 dicken Bänden über 13000 Seiten (!) und kostet sage und schreibe Nur 129,— DM

Alle Bücher, alle Angebote, die mit einem Sternchen (★) versehen sind, gibt es nur einmal oder zweimal. Um Mehrfachbestellungen und damit eventuell große Traurigkeit bei den zu spät kommenden zu vermeiden unser Weg: **Anrufen — nachfragen, ob das Buch noch zu haben ist, reservieren lassen und der Versand kommt in die Gänge,** sowie Eure Kohle eingetroffen ist. Bei mehreren Exemplaren und Restauflagen läuft der Versand in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen. Und bitte: keine Bestellungen unter 10,— DM — das ist für niemanden ein Vorteil.
Daher ganz wichtig: Telefon RM-Verlag: **(0231) 433691** oder 92, Werktags von 9 - 18 Uhr.

Bestelladresse: **RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30**

Für Schecks und Überweisungen: Verlag RM, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 290 (BLZ 440 501 99) Postscheckkonto Dortmund 79 600-461

WIDERSTAND

Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstand von 1933 bis 1945 ist der Untertitel des Buches **Im Kampf bewährt.** Im Dietz Verlag 1969 erschienen berichten viele Autoren von den verschiedensten Fronten des Widerstands gegen den Nazi-Terror. Fast 700 Seiten sehr lehrreicher Erinnerungen in einem Leinenband mit vielen Bildern kosten **★Nur 7,50 DM**



„Passavants Rückkehr" heißt ein Bändchen von Franco Biondi, der vor Jahren als Arbeiter aus Italien in die Bundesrepublik kam und zu einem der profiliertesten Autoren zu „Gastarbeiterthemen" geworden ist. Das schöne Büchlein mit Erzählungen (105 Seiten) kostet bei uns **Nur 5,— DM**

„Täglich eine Reise von der Türkei nach Deutschland" ist aus der gleichen Reihe wie das Biondi-Bändchen (Neue Reihe Atelier) und enthält Beiträge türkischer Jugendlicher über ihr Leben in Westdeutschland und kostet auch **Nur 5,— DM**
Unser Angebot, beide Bände zusammen **Nur 7,50 DM**

RARITÄTEN

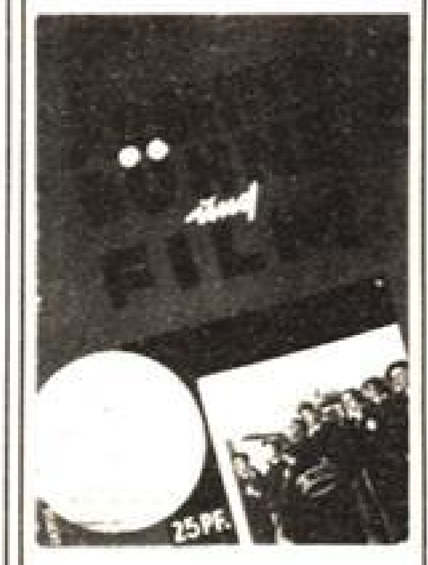
Zwei besonders schöne Bücher in unserem Büchermarkt: Da ist zum einen der Band: Ernst Thälmann Bilder und Dokumente aus seinem Leben. Mit einem Vorwort von Hermann Matern, Herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-(!)-Institut beim Zentralkomitee der SED, Dietz Verlag Berlin 1955. Dieser großformatige Band (22/29cm) enthält auf 252 Seiten rund 250 Fotos, Fotomontagen und drei Beilagen Faksimiles von Zeitungen und Flugblättern). Dieses in rotes Leinen gebundene Buch verkaufen wir für ★Nur 20,— DM

Ernst Thälmann

Der zweite Band heißt: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914 bis 1946. Ebenfalls herausgegeben vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED und ist 1954 im Dietz Verlag erschienen. Dieser ebenfalls großformatige rote Leinenband hat 462 Seiten mit 160 Fotos, Fotomontagen und enthält auch fünf Faksimile-Beilagen. Einige Seiten waren lose, sind aber wieder geklebt, einige Bemerkungen mit Bleistift sind drin, darum kostet auch dieses dicke, schöne Buch bei uns — einmalig — ★Nur 20,— DM

GEGEN GEBOT

Wir bieten an: Vier Originalexemplare der proletarisch-revolutionären Zeitschrift **Arbeiterbühne und Film.** Es handelt sich um die Ausgaben Januar, März, April und Juni 1931. Die Hefte, zwischen 32 und 34 Seiten stark, geben einen interessanten Einblick in die (bei harte) Kulturpolitik des *Zentralorgans des Arbeiter-Theater-Bundes Deutschlands e. V. (Sektion des Internationalen Arbeiter-Theater-Bundes) Organ für proletarische Filmkunst"*, so der offizielle Titel.



Einige Themen: Filmkritiken • Der Bankrott des bürgerlichen Theaters und der Aufstieg des Arbeitertheaters • Kulturreaktion gegen Arbeiterschauspieler • F. Wolf: Volkskampf gegen §218 • Die Lage der Berufsschauspieler • Filmavantgarde in Holland • Neue Russenfilme • und vieles andere mehr.
Zwei Hefte sind leicht beschädigt (Umschlag locker) aber sonst astrein: Wer bietet 30 DM oder mehr für alle Hefte? Gebote telefonisch an RM-Verlag, Adresse hinterlassen, wir melden uns.

KABARETT



Im Henschel Verlag für Kunst und Gesellschaft in der DDR ist 1977 ein Bändchen mit einer **Geschichte des Kabaretts** erschienen. Im ersten Teil spannt sich der Bogen vom Entstehen dieser „Klein"-kunstgattung in Paris bis zum deutschen Kabarett im Exil. Der zweite Teil beleuchtet das deutschsprachige Kabarett von 1945 bis 1976. Mit Anmerkungen und einem Personen- und Kabarettsregister hat das Buch (406 Seiten) bei uns einen Preis, der reale Satire auf Buchpreise ist **★Nur 5,— DM**

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474